

Nr. 8

Juni 2009



Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung "Grünes Dreieck"



Gute Gründe

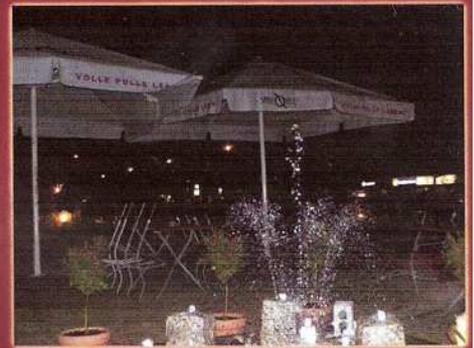
Mehr SPD für Europ





Simit Evi

Im Herzen Weddings Cafe & Frühstückshaus



Unser schöner Sommergarten bietet Sitzplätze bis zu 100 Personen. Unser freundliches Team erwartet Sie.



Cafe & Simit House
Müllerstraße 147 13353 Berlin U-Bhf. Leopoldplatz
Fon: +49 (30). 7554 9954

Montag – Freitag von 06.00 – 22.00 Uhr
Samstag – Sonntag von 07.00 – 22.00 Uhr

In dieser Ausgabe:

Schwerpunkt Europa

- 4 Nachgefragt: Dagmar Roth-Behrendt
- 7 Berlin mitten in Europa
- 10 Jugendpolitik in Europa
- 15 Der Vertrag von Lissabon – Ja und?
- 16 Gleichstellung in Europa
- 18 Das Gleichbehandlungsgesetz
- 20 Lehren aus dem Europawahlkampf

Feuilleton

- 22 Anmerkungen zu „Pro Reli“
- 25 Pro Wähli
- 26 Der Berliner Blutmai 1929
- 30 Italien: Sozialer Protest
- 36 Literaturtipp: Wege in die Moderne
- 37 „The Friecks“ in neuem Haus
- 38 Praktikum bei der SPD Mitte

Aus der Abteilung

- 39 Kulturschock: Der 1. Mai 2009
- 42 Football is coming home

Das politische Lied

- 44 Ich bin Soldat

Diskussionsforum

- 45 Gute Lehre an Hochschulen
- 46 Rechte Jusos
- 47 Der Triumph der Aerodynamik
- 48 Die SPD hat sich müde regiert

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,*

gut eineinhalb Jahre ist es her, dass ich das Vorwort zur Nummer 1 der „Propagandistin“ geschrieben habe. Jetzt liegt euch bereits die Nummer 8 vor. Aus dem „Jo, könnte was werden“ im Herbst 2007 ist der Ausruf „Wann erscheint die nächste Ausgabe?!“ geworden. „Die Propagandistin“

ist ein voller Erfolg! Das Konzept eines Diskussionsforums, das die SPD als Mitgliedspartei und Programmpartei ernst nimmt, funktioniert. „Die Propagandistin“ ist dabei einem ständigen Wandel, einer stetigen Verbesserung unterworfen, und ist noch lange nicht fertig.

Das gleiche könnte man von Europa sagen, dass diesmal unser Schwerpunktthema ist. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 durch sechs europäische Länder bis zur heutigen Europäischen Union der 27 sind viele Zwischenstationen durchlaufen worden, und gerade steht mit der Verabschiedung des „Lissaboner Vertrags“ ein weiterer wichtiger Etappenschritt bevor. Wie wichtig Europa inzwischen für unser alltägliches Leben ist - davon berichten die vielen Europaartikel in dieser Ausgabe. Da für ein soziales Europa nicht nur eine starke SPD, sondern auch eine starke Linke in den anderen europäischen Ländern wichtig ist, schauen wir nach Italien, wo es Zeit wird, dass der unsägliche Silvio Berlusconi von einer starken Linken aufs politische Abstellgleis geschoben wird. Wie es im Europa des Vormärz (1815-1848) aussah, davon erzählen die Reiseberichte jener Zeit (Literaturtipp S. 36).

Doch damit nicht genug: Im Jahr der politischen Jubiläen schreibt Andreas Wiedermann über den Blutmai 1929, der fest mit der Geschichte des Wedding verbunden ist, Fritz Erler erinnert an den Zusammenhang von Körper, Geist und Seele auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus, und die Beiträge in unserem Diskussionsforum provozieren zu Repliken. Und ...

Eine spannende Ausgabe, die Nr.8 der „Propagandistin“, über deren Lektüre am Sonntag aber nicht vergessen werden darf: Wählen gehen! Für ein sozialeres Europa!

Mit herzlichen
sozialdemokratischen Grüßen

Udo Sack

SCHWERPUNKT EUROPA

Nachgefragt: Dagmar Roth-Behrendt

Interview in der Zeitung "Südwestwind" (SPD Steglitz-Zehlendorf)

Am 7. Juni sind Wahlen zum Europäischen Parlament (EP). Die Wahlbeteiligung dürfte wiederum zu wünschen übrig lassen. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Wir wollen mal nicht schon vor Beginn der Wahl wegen der Wahlbeteiligung schwarz malen, aber es stimmt, dass die Wahlbeteiligung 2004 in Deutschland bei den Wahlen zum EP mit 43 % (38,6 % in Berlin) äußere



dürftig war. Das EP hat großen Einfluss auf unseren Alltag und deshalb ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, zur Wahl zu gehen und dann auch zu wählen!

In dem Europamanifest unserer Partei wird die Wahl als eine Richtungsentscheidung bezeichnet. Was heißt das?

Richtungsentscheidung bedeutet, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, ob es - wie bisher - eine konservativ-liberale oder - wie hoffentlich nach der Wahl - eine sozialdemokratisch-linken Mehrheit im Europäischen Parlament gibt. Das wird bei Entscheidungen zum sozialen Europa entscheidend sein. Wichtig sind hier der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Mutterschutzregelungen, Mitbestimmung und Antidiskriminierung. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Auch die Bewältigung der Finanzkrise wird uns beschäftigen und auch hier sind wir es, die darauf achten werden, dass der jetzt eingeschlagene Weg von mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte nicht in 3 Monaten wieder vergessen ist.

Das Europa-Parlament hat 785 Mitglieder. Wie viele davon entfallen auf Deutschland? Wie ist die Zusammensetzung nach Parteien? Was ist die SPE?

785 Mitglieder wären es nur gewesen, wenn der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft wäre. Da der Vertrag von Lissabon noch nicht überall ratifiziert ist, wird die Sitzverteilung nach dem aktuellen Vertrag von Nizza vorgenommen. Danach wird das 7. Europäische Parlament 736 Sitze haben, von denen 99 auf Deutschland entfallen.

Wie die zwischen den deutschen Parteien verteilt werden, hängt vom Wahlergebnis am 7. Juni 2009 ab. Das Ergebnis der SPD Deutschland hat großen Einfluss auf die Größe der SPE-Fraktion. Das ist die Fraktion der Sozialisten/Sozialdemokraten Europas, in der die Parteien der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteienfamilie aus dann hoffentlich allen 27 Mitgliedsstaaten

vertreten sind.

scheiterte Lissabon-Vertrag sieht u.a. vor, die Rechte des Europa-Parlaments zu stärken.

Gibt es ein EU-einheitliches Wahlrecht oder Weshalb bleibt ihm eine allumfassende Kompetenz verwehrt? Was würde sich gegenüber den einzelnen Staaten unterschiedliche Regelungen?

petenz verwehrt? Was würde sich gegenüber dem gegenwärtigen Zustand verbessern?

In allen EU-Staaten gilt das Verhältniswahlrecht. Spannend ist, dass die Wahlen in der EU zwischen dem 04. und 07. Juni 2009 stattfinden. Das liegt an den verschiedenen Traditionen in den Mitgliedsstaaten. So wird in den Niederlanden und in Großbritannien am Donnerstag gewählt, in der Tschechischen Republik sogar an zwei Tagen. In Deutschland traditionell am Sonntag, also am 7. Juni 2009.

Der Vertrag von Lissabon würde in der Tat eine Stärkung des Europäischen Parlaments fast 100 % der Fälle gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Ministerrat, in dem die Regierungschefs bzw. Fachminister der nationalen Regierungen vertreten sind. Damit hätte die einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Institution der EU in allen Bereichen demokratische Beteiligungsrechte.

Die Europäische Union besteht seit Anfang 2008 aus 27 Staaten. Weitere Staaten auf dem Balkan, aber auch die Ukraine und Georgien, haben Beitrittsambitionen. Wie stehst Du zur Erweiterung?

Das Europa-Parlament hat - ähnlich wie die Bundesregierung - einen Doppelsitz: Brüssel und Straßburg. Erschwert und verteuert die

Die Erweiterungen der Europäischen Union in der Vergangenheit haben dazu geführt, dass Frieden und Wohlstand immer größere Teile Europas erreicht haben und sind damit Teil der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union. Für neue Erweiterungen gelten jedoch unverändert die Kopenhagener Kriterien, nach denen das Beitrittsland Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten garantieren muss, um Mitglied der Europäischen Union werden zu können. Diese Kriterien sind der Maßstab für alle weiteren Verhandlungen!

Prinzipiell kann es aber keine Erweiterung geben, solange der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft getreten ist oder eine ähnliche Regelung für die Arbeit und Zusammensetzung der Institutionen gefunden wird, die die Handlungsfähigkeit der EU sicherstellt.

Der bislang an der Ablehnung Irlands ge

Ruchita
Indisches Restaurant

Sonntags Buffet
• All You can eat •
Jeden Sonntag zwischen 12.00 - 17.00 Uhr
6,50 Euro pro Person

Torfstr. 9 (U-Bhf. Amrumerstr.)
13353 Berlin
Tel.: 030 - 41729813
www.ruchita.de

Täglich von
12.00 bis 24.00 Uhr geöffnet

ser Umstand die parlamentarische Arbeit? Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in der Steuerpolitik die Minister der Mitgliedstaaten auf Einstimmigkeit bestehen und geordnet einer Meinung, dass Brüssel als Sitz des Parlaments sinnvoller, preiswerter z. B. der Gewerbesteuer, zustimmen und für die Arbeit viel praktischer wäre.

Aber das lässt sich nur mit der Zustimmung Frankreichs ändern, denn die Vereinbarung 12 Sitzungen pro Jahr in Straßburg zu machen, ist Teil der Europäischen Verträge und daher nur einstimmig abzuändern.

Frankreich wird dem in absehbarer Zeit nicht zustimmen. Man muss allerdings auch bedenken, dass Straßburg als Parlamentssitz eine historische Bedeutung hat und ein Symbol für den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. Dieser ist zu gleich sowohl Grundlage als auch Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses!

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart, wie stark die einzelnen Mitgliedsstaaten noch immer in nationalen Kategorien denken und handeln. Wie kann die (wirtschafts-) politische Integration in der EU gefördert werden?

In einigen Bereichen, wie Geld- und Währungs politik, ist die EU überaus erfolgreich, in anderen bestehen erhebliche Defizite. Warum kommt die Vereinheitlichung z.B. der Steuern, der Arbeits- und Sozialgesetze, der Einwanderungsbestimmungen, des Umweltschutzes nur schleppend voran?

Beim Umweltschutz kann ich ganz und gar nicht erkennen, dass es schleppend voran geht, im Gegenteil. Der gesamte Umweltbereich in Deutschland unterliegt mittlerweile europäischer Rechtsetzung, und da haben wir einiges erreicht: Verbesserung der Trinkwasserqualität, Senkung der Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen, Abfallgesetzgebung, Emission von Kraftfahrzeugen, Luftreinhaltung und vieles mehr. Als ich 1989 ins Europäische Parlament kam war an diese Möglichkeiten überhaupt nicht zu denken. Im Bereich der Steuern und des Arbeitsrechts ist noch einiges zu tun, wir uns dann mit unseren Vorschlägen auch aber es ist nicht zuletzt Deutschland, das durchsetzen können, ist es wichtig, dass viele einer Verlagerung der Kompetenzen zur Europäischen Union kritisch gegenübersteht.

Stimmt, gerade im Bereich der Finanzpolitik könnte die Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten noch besser werden. Das Europäische Parlament hat es mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit allerdings im Vorfeld der jetzigen Krise versäumt, die schon vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Unser Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz, hat im Namen unserer Fraktion schon vor anderthalb Jahren mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte gefordert und wurde dafür von Konservativen und Liberalen als „Stimme von gestern“ verspottet. Es zeigt sich jetzt, dass unsere Konzepte einer Kontrolle der Ratingagenturen, Begrenzung der Managergehältern und der Einführung einer Transaktionssteuer die richtigen sind. Dafür werden wir uns auch nach der Wahl einsetzen. Damit eine SPD wählen und wir als stärkste Fraktion eine Mehrheit im EP haben.

Zur Person:

Dagmar Roth-Behrendt, 56 (SPD)

Seit 1989 vertritt die studierte Juristin Berliner Interessen im Europäischen Parlament. Viele Jahre war sie Sprecherin der SPE-Fraktion für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik. Sie war drei Jahre lang Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Jetzt ist sie Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Reform des Europäischen Parlaments.

Am 7. Juni steht sie erneut zur Wahl.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.dagmarrothbehrendt.de



Berlin mitten in Europa

Ein Bericht von Uwe Ostendorff

Am 07. Mai 2009 referierte der Europabeauftragte ist eben auch ein eigenständiges Politikfeld. auftragte des Bezirksamtes Berlin-Mitte Längst werden die Interessen des Bezirks Stefan Winkelhöfer im Sprengelkiez. Das von europäischer Politik berührt. Und da Ziel der von der 16. Abteilung organisiertegilt es nicht nur europäische Richtlinien und Veranstaltung war es, das oft abstrakt-kliniVerordnungen umzusetzen, sondern auch gende Thema „Europa“ den Mitgliedern der eigene Ansprüche anzumelden. Ein gutes SPD und interessierten Bürger/innen näherBeispiel ist die Dienstleistungsrichtlinie, die zu bringen. hier vor Ort viele Arbeitsplätze hätte kosten können. Und natürlich hat der Bezirk auch

Zunächst galt es die Frage zu klären, warein starkes Eigeninteresse, dass in Förder um sich das Bezirksamt Berlin-Mitte einenprogrammen der EU, wie dem Europäischen Europabeauftragten leistet. Vielen war bis Sozialfond (ESF) und dem Europäischen zur Veranstaltung gar nicht bewusst, dassFond für Regionalförderung (EFRE), genü es einen solchen gibt. Europa ist für den gend Geld eingestellt wird.

Bezirk zunächst einmal ein Querschnitts thema, dass sich durch viele Bereiche der Hier tritt der Bezirk auch selbst als An- alltäglichen Politik durchzieht, ohne dass tragsteller auf. Etliche Aktivitäten wie dies den Bürger/innen bewusst ist. Aber ezum Beispiel im Rahmen des Rahmenpro

gramms „Soziale Stadt“ werden durch die verdorbene oder giftige Lebensmittel vom EU komplementär finanziert. Etliche der Markt zu nehmen oder deren Einfuhr erst (Teil-) Programme sind dabei so komplex, gar nicht zuzulassen. Die Mitgliedsländer dass ihre Abwicklung zu kompliziert und der EU befolgen diese Verordnungen ohne umfangreich für eine normale Dienststelle Diskussion. Ganz anders ist dies bei den wäre. Darum kümmert sich dann der Eu Richtlinien, dem anderen Instrument. Diese ropabeauftragte. haben den Charakter eines übergeordneten

Gesetzes. Dieses muss dann zuerst in natio

Aber der Bezirk leitet auch Gelder an Dritte, was Recht umgesetzt werden, d. h. unsere weiter, dass heißt er ist auch Vergabegre Gesetze werden daran angepasst.

mium, zum Beispiel bei der ESF-Förderung

zur Wirtschaftsentwicklung. Und nicht Das wirkt sich dann dementsprechend auf zuletzt berät das Bezirksamt auch möglichens alle aus.

Antragssteller über Fördermöglichkeiten.

Damit dürfte eine solche Funktion mehr als Daneben gibt es natürlich die ganzen geför begründet sein. derten Projekte. Für das Abteilungsgebiet

der 16. Abteilung sind das unter anderem

Doch was bringt uns als einfache Bürger/ der Abenteuerspielplatz Telux, die Kinder innen die EU? Warum sollten wir uns dafür interessieren was in Brüssel passiert? Numagement und der Quartiersma

da gibt es viele Gründe zu nennen. Heraus im Bezirk die Integrationslotsen oder die ragend ist natürlich der Verbraucherschutz.Sprachstube Deutsch. Besonders werden

Stefan Winkelhöfer demonstrierte dies sogenannte wirtschaftsdienliche Dinge ganz anschaulich mit einem Ei. Es gibt nicht

nur Richtlinien bzw. Mindeststandards wie von Arbeit und Arbeitsfähigkeit zum Ziel Eier produziert werden müssen. Auf allenhaben, damit möglichst viele Menschen

Eiern befindet sich zudem ein Zahlen-Codein Lohn und Brot stehen. Als Beispiele in An diesem können wir ablesen, ob es sichBerlin-Mitte seien hier die Fördermaßnah

um ein Legebatterie-Ei handelt oder zum men am Medienstandort Potsdamerstraße, Beispiel um ein Ei von freilaufenden, glückdie Förderung der Teilzeitausbildung von

lichen Hühnern. Wir können sogar nachvollzungen Müttern und Mitarbeiter/innen- ziehen, von welchem Hof dieses Ei kommtPraktika genannt. Gleichzeitig fördern diese

Sollte es nämlich zu Beanstandungen Programme auch die Innovation. Um an das kommen, kann durch diesen Zahlen-Code Geld zu kommen, müssen Mitstreiter ins

der Verantwortliche ausfindig gemacht Boot geholt werden, die vorher unberück

werden. Der Europabeauftragte erinnerte sichtig blieben, die Frage der Geschlech

auch an das schwermetallbelastete Spiel tergerechtigkeit ist zu beachten und ob zeug aus China, dass die EU-Kommission auch Menschen mit Migrationshintergrund

aus dem Verkehr gezogen hat. Eine solchedavon profitieren würden etc. Produkteinfuhrkontrolle wäre heutzutage

auf nationaler Ebene gar nicht mehr zu Und nicht zuletzt profitiert die Bundes- leisten. Um daher Schutzmechanismen wierepublik wie niemand sonst von dem,

den Verbraucher- und Gesundheitsschutz was gerne als „Brüsseler Regelungswut“ umzusetzen, gibt es zwei Instrumente: Zurbezeichnet wird: Als größte Exportnation

einen sind das Verordnungen. Diese müssen sind wir nämlich darauf angewiesen, dass sofort umgesetzt werden, um zum Beispielgemeinsame Standards vorhanden sind,

ufer Café
gemütliche Klavierstube

Nordufer 4 · 13353 Berlin
Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert



mit schönem
Biergarten



Täglich geöffnet
von 18.00 bis 04.00 Uhr
Sonntags bis 24.00 Uhr

- An fast allen Tagen bieten wir euch ein interessantes Rahmenprogramm! z.B.:
- jeden Sonntag ab 16:00 Uhr Kaffeeklatsch mit Live Musik
- jeden Sonntag ab 21:30 Uhr Chansonabend
- jeden Mittwoch um 21:00 Uhr Filmabend

GUTSCHEIN
für eine Berliner Weiße mit Schuß
(NATÜRLICH ROT!)
Bei Abgabe
dieses Gutscheins!

um überhaupt in andere Länder exportieren können. Dass zum Beispiel die EU-Zulassung eines Medikaments von Bayer-Schering erheblich Kosten spart, im Vergleich zu 27 verschiedenen Zulassungen in den jeweiligen EU-Mitgliedsländern, liegt auf der Hand. Es kostet den größten Arbeitgeber in unserem Abteilungsgebiet ein

also einen minimalen Bruchteil, und hilft

dabei Arbeitsplätze zu sichern. Die erwirtschafteten Gewinne bleiben nämlich in den Statistiken über Brutto- und Netto-

Einzahler der Europäischen Gemeinschaft unerwähnt und dürften am deutschen

Außenhandelsüberschuss gemessen ein Vielfaches ausmachen.

Daneben gibt es natürlich auch ideelle, die durch die EU gefördert und bewahrt werden. Hierzu gehört zum Beispiel die Überwindung des Nationalismus, der in europäischen Geschichte

der Grund für kriegerische Auseinandersetzungen war. Weiterhin gibt es Programme wie „Jugend in Aktion“, um Jugendliche und ihre Verbände auf europäischer Ebene zu fördern. Daneben sind auch die verschiedenen und viel genutzten Austauschprogramme wie Erasmus, Sokrates und Comenius zu

Wer wissen will, welche Projekte im eigenen Kiez gefördert werden, kann sich auch an das Quartiersmanagement wenden.

Dort gibt es ein Verzeichnis aller Begünstigter des ESF-Programms.

Im Anschluss an den aufschlussreichen Vortrag von Stefan Winkelhöfer gab es natür-

lich noch jede Menge Fragen und reichlich

Diskussionsbedarf. Alles in allem war es eine interessante Veranstaltung und eine

noch bessere Vorbereitung auf den europäischen Wahlkampf.

Europäisches Parlament und EU-Kommission 2009-2014 Vorschläge für die zukünftige Jugendpolitik in Europa von Tim Schrock

Im Spätsommer wird nicht nur ein neues Zusammenspiel der verschiedenen EU-Institutionen umgesetzt werden können. Die nächste Kommission für die Arbeitsperiode

2009-2014 muss berufen werden. Im Zusammenspiel dieser beiden Institutionen,

gemeinsam mit den Treffen des Europäischen Rats der Mitgliedsstaaten, wird der Großteil der EU-Politik in Jugendfragen formt. Aus diesem Grund gestaltet es sich für Jugendliche nicht leicht, Forderungen an „die EU“ zu stellen.

Im Folgenden soll der Versuch gemacht werden, Vorschläge für eine künftige EU-Agenda 2009-2014 mit direktem Bezug zu Jugendthemen zu erarbeiten, die nur im

Zusammenspiel der verschiedenen EU-Institutionen umgesetzt werden können.

Endlich ein europäisches Vereinsrecht

Um eine starke europäische Zivilgesellschaft zu fördern, in der die freien Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern die gesellschaftlichen Prozesse entscheidend mitentwickeln können, wird endlich ein europaweit einheitliches Vereinsrecht benötigt. Derzeit sind Organisationen noch

vollkommen abhängig von der Rechtsprechung des jeweiligen Landes, in dem sie registriert sind: Europäische Nichtregierungsorganisationen gibt es somit eigent-

lich nicht.

Die Auswirkungen sind zum Teil absurd: Bereits die Verlegung eines Organisationsbüros um wenige Kilometer in ein Nachbarland kann es derzeit nötig machen, Satzungen völlig zu überarbeiten, zu übersetzen und auch komplett neue Arbeitsverträge mit den (alten) Angestellten abzuschließen. Im Bereich der Wirtschaft ist die EU schon deutlich weiter. Es ist sehr bedauerlich, dass die Kommission die seit mehreren Jahren den Schubladen liegende Initiative zur Vereinheitlichung des Vereinsrechts nach wie vor zurückstellt.

Ein europäischer Rahmen für die Rechte und Schutz von „Freiwilligen“ und Ehrenamtlern

Junge Freiwillige stehen vor ähnlichen Problemen wie die Jugendverbände: Zwar trägt ihre Arbeit erheblich zur sozialen und gesellschaftlichen Situation bei, dennoch sind die Ehrenamtlichen großen Unsicherheiten ausgesetzt. Diese reichen von den offenen Fragen zu unterschiedlichen Verantwortlichkeiten (Aufsichtspflicht) über den persönlichen Versicherungsschutz bis hin zu rechtlichen Beschränkungen. Zum Teil unterscheiden sich die Regelungen von Region zu Region.

Auch die europäischen Freiwilligendienste, offiziell von der EU gefördert, leiden unter einer Vielzahl von unnötigen Belastungen. Selbst Aufenthaltsgenehmigungen für junge Freiwillige werden bisweilen nur unter Schwierigkeiten ausgesprochen, weil Beamte den Status einer/s „europäischen Freiwilligen“ innerhalb der EU zum Teil nicht anerkennen möchten.

Die EU sollte gemeinsam mit den Mitgliedstaaten einen verlässlichen europäischen Rahmen schaffen, der die ganze Bandbreite

ehrenamtlicher Arbeit berücksichtigt.

Langfristige Förderung anstelle von kurzfristigen Projekten

Besonders europaweit aktive Jugendorganisationen und Netzwerke müssen sich mit großen Schwierigkeiten einer Grundförderung herumschlagen. Die EU, die eine aktive Gesellschaft ihrer Bürger/innen stärker als Grundpfeiler der Demokratie und einer gesunden sozialen Infrastruktur verstehen sollte, darf sich in ihren Förderprogrammen nicht nur an kurzfristigen Ergebnissen orientieren, deren Nachhaltigkeit ohnehin meist gering ist. Die strukturelle Förderung der bestehenden freiwilligen Zusammenschlüsse von Jugendlichen darf nicht jedes Jahr erneut in Frage gestellt werden. Diese Förderung ermöglicht erst eine Nachhaltigkeit und kontinuierliche Fortentwicklung von Zielsetzungen. Eine von Förderprogrammen oft erwünschte Professionalisierung ist nur bei einer starken Ausgangsbasis der Jugendverbände möglich.

Jugendpartnerschaften zwischen der EU und anderen Regionen der Welt

Die globale Vernetzung endet nicht an den Rändern Europas und erst recht nicht an den Außengrenzen der EU. Internationale Kooperation und gegenseitiges Lernen ist wichtiger denn je. Nichtsdestotrotz ist ein Trend zu beobachten, der sehr bedenklich ist: Die meisten EU-Staaten streichen ihre internationalen Austauschprogramme rigoros zusammen. Während die EU sogar wieder weiter von den 0,7% des Bruttoinlandsprodukts an versprochener Entwicklungshilfe entfernt ist, werden offiziell die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen nach wie vor unterstützt. Der aktive Beitrag von jungen Menschen könnte hierbei viel stärker genutzt und gefördert werden.

Jugendpolitik wirklich als Querschnittsaufgabe verstehen

Kinder- und Jugendpolitik bedeutet weit mehr als nur Angebote für diese Zielgruppen zu entwickeln. Alle Lebensbereiche müssen berücksichtigt werden. Ein wirklich ressortübergreifender Ansatz macht es allerdings nötig, dass auch eine hochrangige Koordinierung der Politikentwicklung mit Relevanz für Jugend innerhalb der EU stattfindet. Sowohl eine interfraktionelle Gruppe zu „Jugendmainstreaming“ im Europaparlament als auch die Gruppe der EU-Kommissare/innen für Jugend müssen regulär zusammentreten. Zu tun gäbe es Vieles: Die Umsetzung der Schriftlichen Erklärung zur Politikfolgenabschätzung auf junge Menschen beschreibt einen sinnvollen Weg (Selbstverpflichtung des EU-Parlaments vom Herbst 2008, künftig alle Entscheidungen hinsichtlich Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche zu überprüfen). Auch das Konzept des „Youth Budgeting“, eines konkreten Ansatzes um Jugend-Mainstreaming (schon während der Entwicklung von Richtlinien die Jugend zu berücksichtigen) in der Haushaltsführung kenntlich zu machen, liegt bereits fertig in den Büros der Institutionen.

Über die sog. „Lissabonziele“ hatten sich die EU-Staaten eigentlich bereits selbst verpflichtet: Man wollte Jugend einbinden, sowohl im Entwurf als auch bei der Umsetzung und Evaluierung von jugendrelevanten Politikprozessen. Neben einer Einschätzung aus Jugendperspektive geht es hierbei auch um Fragen des demografischen Wandels und intergenerationeller Gerechtigkeit. Dies kann nur gemeinsam mit der Jugend geschehen.

Ein europäischer Rahmen für Mindeststandards in außerschulischer Bildung

Ein Großteil des Lernens junger Menschen geschieht außerhalb der schulischen Bildungseinrichtungen, im Freundeskreis oder in der Jugendarbeit. Gerade soziale, gesellschaftliche und organisatorische Kompetenzen werden dabei „nebenbei“ erlernt. Diese Erfahrungen sind jedoch nicht automatisch Teil der außerschulischen Aktivitäten, sondern müssen bewusst gefördert und unterstützt werden. Jugendverbände benötigen dazu einen regen Austausch ihrer pädagogischen Ansätze und gegenseitige Vernetzung. Diese Arbeit kann nicht gleichgestellt werden mit bloßer „Kindererschickung“ oder einer Nachmittagsbetreuung, die ihren Titel nicht verdient. Eine Qualitätssicherung kann die EU allerdings nicht ohne die Jugendverbände und andere freie Träger erreichen.

Stärkere Vertretungsrechte für Schüler- und Studenten/innen

In Deutschland ist Bildungspolitik Ländersache. Nichtsdestotrotz sollte es der EU möglich sein, ihren Lernenden neben einer gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen auch vergleichbare Rechte bereits während der Schulzeit einzuräumen. Die Entwicklung eines Demokratieverständnisses und politische Bildung allgemein sollte nicht nur Inhalt weniger Unterrichtsstunden sein, sondern auch im Bildungsbetrieb eine grundlegendere Rolle spielen. Größere Verantwortlichkeit der „Zielgruppe“ und Einbeziehung in Entscheidungen stärken auch die Bildungseinrichtungen selbst.

Versprechen des EU-Programms zu „Bildung und Ausbildung“ erfüllen!

Das EU-Programm zu Bildung und Ausbildung 2010 zielt darauf ab, zu frühe Schulabgänge und funktionalen Analphabetismus drastisch zu verringern. Die im Programm vorgesehenen Benchmarks ermöglichen

Nachtschwärmer
BEI ERNST

DIENSTAGS 20.00 UHR - JAM SESSION COMEDY
MITTWOCHS 19.00 UHR - OFFENE LESUNG
DONNERSTAGS 19.00 UHR - BINGO
FREITAG 21.00 UHR - AFTER-SHOW-PARTY

**Acoustic Jam Session
mit Robin Draganic**



Jazz-Abend jeden Donnerstag ab 22.00 Uhr



Bei Ernst

Sprengelstraße 15

Tel.: 454 33 65

www.berlin-jazz-dream.de

eine regelmäßige Evaluierung und Zielgruppenorientierung. Nur wenige EU-Mitgliedsstaaten nutzen dieses Programm jedoch. Da Bildung eine wichtige Basis für eine eigene Weiterentwicklung und die allgemeine Selbstständigkeit von Individuen darstellt, darf die EU diesen Bereich nicht durch weiterhin inkonsistente Politiken im Bildungsbereich vernachlässigen.

Jugend und die Zukunft des Arbeitsmarkts

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die Arbeitsmärkte grundlegende Veränderungen erlebt. Neben einem immer größeren Druck hin zu Mobilität sind zugleich auch die Unsicherheiten der Arbeitsstellen selbst gestiegen. Arbeitsverträge werden nur für eine kurze Zeit geschlossen. Im Gegenzug hat jedoch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen mit den europaweiten Entwicklungen nicht Schritt halten können. Die stark angewachsene Kinder- und Jugendarmut ist dabei ein erschreckender Nebeneffekt der beruflichen Situation ihrer Eltern.

Die gegenwärtige Ausrichtung der Lissabonstrategie auf Wachstum und Jobs allein kann nicht das Ziel der EU sein. Ein Fokus zu Verbesserung der Lebensbedingungen unter dem Gesichtspunkt der sozialen und nachhaltigen Entwicklung muss an die letzte Runde des Lissabonprozesses (bis 2010) anschließen. Der „Europäische Pakt für die Jugend“ von 2005 hat die spezielle Situation von jungen Menschen, die gerade dabei sind ihre persönliche, berufliche und familiäre Existenz aufzubauen, bereits betont. Er könnte somit ab 2010 zu einer Entwicklung des europäischen Sozialmodells beitragen.

Europaweit einheitliches Wahlalter - ab 16 oder darunter!

Die Beteiligung junger Menschen endet

daran, dass ihre Meinungen „freiwillig“ von Entscheidungsträgern/innen berücksichtigt werden, ein weitergehendes Recht besteht innerhalb der EU unterscheiden sich allerdings die Regelungen, ab wann Bürger/innen wählen gehen dürfen. Österreich hat es vorgemacht: Ein Wahlalter ab 16 ist möglich. Es ist an der Zeit, diese Regelung europaweit umzusetzen, sowohl auf kommunaler, regionaler, nationaler als auch auf EU-Ebene.

Junge Migranten/innen mit mehr (Menschen-)Rechten ausstatten

Minderjährige sind schon für sich gesehen eine verletzte Gruppe in der Gesellschaft; um so schlimmer trifft es daher junge Menschen, die von Eltern oder Erziehungsberechtigten getrennt leben müssen. Zwar gibt es mehrere internationale Vereinbarungen zum Schutz junger Menschen in Migrationssituationen, u.a. die UN-Kinderrechtskonvention, jedoch hat die EU sich weiterhin noch nicht zur Ächtung von Internierung von Kindern durchringen können. Weiterhin sollte die EU darauf Wert legen, dass alle Mitgliedsstaaten die internationalen Vereinbarungen zum Menschenrechtsschutz vollständig erfüllen.

Bewusstseinschaffung für Mehrfachdiskriminierung und ein rechtlich verbindlicher Schutz für alle

Junge Menschen sind keine homogene Gruppe. Sie erfahren Diskriminierungen nicht nur wegen des Alters, sondern laufen auch Gefahr aufgrund von Geschlechteridentität, Ethnie, sozialer Schicht, Behinderung oder wegen ihres Glaubens benachteiligt zu werden. Die Europäische Kommission hat sich selbst dem gleichwertigen Schutz vor aller Diskriminierung verschrieben (wie im Artikel 13 des Amsterdamer Vertrags festgeschrieben). Dennoch fehlt ein europä

weites Bewusstsein von mehrfacher Diskriminierung und der besonderen Schwere der Benachteiligungen von jungen Menschen. Die Minimalanforderung einer CO₂-Reduzierung um 20% bis 2020 darf nicht wegen der Wirtschaftskrise vernachlässigt werden. Im Gegenteil: Beim Klimaschutz sind noch viele neue Technologien zu erforschen.

**Die Mitglieder der EU
und der Umweltschutz**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise läuft Gefahr, eine weitere Krise nach sich zu ziehen - eine „Umweltschutz-Krise“. Globale Erwärmung ist keine geringe Bedrohung und lässt sich auch nicht für einige (weitere) Generationen außer Acht lassen. Kommende Generationen müssen eine Vernachlässigung um ein Vielfaches „teurer“ bezahlen, als wenn jetzt

Tim Schrock war bis zum Dezember 2008 Vorstandsmitglied des Europäischen Jugendforums und entwickelte in diesem Zusammenhang die Vorschläge für die zukünftige Zeit Jugendagenda mit. Er ist am 23. Mai 2009 auf der Bundeskonferenz der SJD - Die Falken als internationaler Referent wieder gewählt worden.

Wenn der Vertrag von Lissabon scheitert, stagniert Europa! Ja und?

Anregungen für eine entspannte Debatte
von Sebastian Trommsdorff

Es wird gesagt: „Kein Normalsterblicher kann und sollte sich sehr stark von der europäischen-Einigung nachvollziehen, wie Entscheidungsfindung und Beschluss in Europa von statten gehen, deswegen müssen die Strukturen und Gremien demokratisiert werden und transparent sein!“

...hingung profitiert. Würde es in Deutschland eine Volksabstimmung zum Vertrag von Lissabon geben, würde ich dafür stimmen. Aber wenn das jetzt alles aus irgendeinem Grund nicht sofort und in dieser Form klappen würde, fände ich das auch nicht so

Ja und? Als ob jetzt irgendein Normalsterblicher wüsste, wie das in Kommune, Land, Bund oder im Fußballverein abläuft. Das Dagegensein ist Reflex, den kriegt man auch nicht mit Zugeständnissen weg. So wie die Leute aus Prinzip gegen die GEZ die rivalisierende Nachbarstadt sind.

Es wird gesagt: „Wenn Lissabon scheitert, stagniert die Vertiefung der europäischen Einigung!“

oder
Ja und? Zum einen sind die Fortschritte, die in Europa bereits gemacht wurden, enorm und meiner Ansicht nach von epochaler Bedeutung. Da schadet eine Atempause nicht. Zum anderen finde ich Europa schon jetzt ganz schön tief integriert. Ich wüsste jetzt

Es wird gesagt: „Wem diese Abstimmung über Lissabon nicht schlaflose Nächte bereitet, ist gegen Europa!“

Ja und? Ich bin für Europa. Ich habe einen erheblichen Teil meiner Jugend im europäischen Ausland verbracht und dementsprechend

auch gar nicht, was Europa noch vertiefen will, was auf mich Auswirkungen haben könnte.

Es wird gesagt: „Die Leute verstehen den Wert und? Die Gelder fließen doch trotzdem weiter. Und zwar völlig unabhängig vom

trag von Lissabon einfach nicht!“ *Ausgang irgendwelcher Vertiefungen.*

Ja und? Wer von uns, die wir dafür sind, ver
steht ihn denn? Wer von uns hat ihn über
haupt einmal gelesen? So in Gänze... *Es wird gesagt: „Durch Lissabon wird das*

europäische „Bürokratiemonster“ transpa -
Es wird gesagt: „Ohne Lissabon können wir renter, sonst bleibt alles wie es ist!“
die Finanzmärkte nicht einheitlichen Regeln
unterwerfen und kontrollieren!“

Ja und? Die bescheißen sowieso und in Ja und? Als ob mir das persönlich was- brin
Amerika haben die einheitlichen Kontrollen. gen würde oder Veränderungen in meinem
auch versagt - und schon die sind strengl. privaten Leben verursachen würde. Im
Und jetzt wo „Not am Mann“ ist, läuft das übrigen finde ich Europa und seine Büro
doch alles ziemlich rund und in die selbe krate so wie es jetzt ist, auch gar nicht so
Richtung. schrecklich.

**Kurzum - Entspannt Euch mal ein
bisschen und habt Geduld.**

*Es wird gesagt: „Wir profitieren von Europa!
Ohne die EU gäbe es die Mittel für die -Projek
te der sozialen Stadt nicht!“*

Gleichstellung in Europa heißt: eine gerechtere Gesellschaft für alle

von Ariane Giesler, Jusos Berlin Mitte

Ziel der Sozialdemokratie ist es seit jeher, Gute Arbeit leistet hier die EU. Dies tritt
dass allen Menschen ein Leben in Gleich zwar gerne unscheinbar in den Hinter-
heit, Freiheit und Solidarität möglich ist. grund, ist jedoch nicht zu vernachlässigen
Gesellschaftliche Phänomene betreffen und lässt sich als Erfolg gut kommunizie
alle Menschen, doch wirken sie auf die ren. Gleichstellung in Europa haben wir
Geschlechter ganz unterschiedlich. Schon noch lange nicht erreicht: noch immer
früh wurde erkannt, gerne und immer wie verdienen Frauen in Europa bei gleicher
der wird an dieser Stelle August Bebel mit Arbeit rund 17% weniger als Männer (in
seinem Satz „Es gibt keine Befreiung der Deutschland sind es sogar 23%). Tätigkei
Menschheit ohne die soziale Unabhängig ten, die als typische „Frauenberufe“ gelten,
keit und Gleichstellung der Geschlechter“ werden im Vergleich zu typisch „männlich“
zitiert, dass die Lebenssituationen der bewerteten Tätigkeiten zumeist schlech-
Geschlechter differenziert betrachtet und ter bezahlt, in Spitzenposition und damit
gezielte Maßnahmen ergriffen werden verbunden in den Entscheidungsprozessen
müssen, die strukturelle Ungleichheiten von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft
und Diskriminierungen überwinden, um sind Frauen noch immer unterrepräsentiert,
wirklich einer und einem jeden ein Leben die Arbeitsteilung zwischen Reproduktions-
in Gleichheit, Freiheit und Solidarität zu er und Erwerbsarbeit ist noch immer stark ge
möglichen. Gleichstellung der Geschlechter schlechtsspezifisch, geschlechtsbezogene
passiert nicht einfach so nebenbei, sondern Gewalt gehört noch immer nicht der Ver
muss gezielt vorangetrieben werden. gangenheit an und tradierte Geschlechters

tereotypen und Rollenklischees erschweren deren EU-Mitgliedsstaaten lernen, was die es den Geschlechtern noch immer, sich fröümsetzung von Gender-Mainstreaming und gleich entfalten zu können. konkret heißen kann.

Wenn an die Gleichstellungspolitik der EU Bei aller, vielleicht auch berechtigter Kritik gedacht wird, fallen uns am häufigsten am Gender-Mainstreaming, die vor allem die Urteile des Europäischen Gerichtshofes aus feministischer Sicht geübt wurde und ein, wie beispielsweise das Bundeswehr- wo man befürchtete, neben dem Gender-Urteil von 2000, durch das die Bundeswehr Aspekt würden explizit frauenpolitische auch für Frauen geöffnet werden musste, Maßnahmen vernachlässigt werden und dazu noch die erlassenen Richtlinien, wie Gender-Mainstreaming würde tradierte beispielsweise jene über Lohngleichheit Rollenstereotypen verfestigen, hat dies von 1975, und schließlich Vorgaben wie einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, sie beispielsweise schon im Gründungs- dass das Ziel einer gerechteren Gesellschaft vertrag (später vor allem im Vertrag von für Alle nähergerückt ist. Doch am Ziel sind Amsterdam oder auch in der jetzigen Lis wir noch lange nicht - der Kampf hat grade sabon-Strategie) zu finden sind. So ist zunerst begonnen! Dafür braucht es eine starke Beispiel in dieser Strategie eine Zielquote Sozialdemokratie, denn *wer die menschliche der Frauenbeschäftigung von mindestens Gesellschaft will, muss die männliche über 60% bis 2010 festgelegt. Deutschland hat winden!* diese fast erreicht, doch um was für Arbeit handelt es sich hier? 67 % der Beschäftigten im Niedriglohnbereich in Deutschland sind Frauen. Hier braucht es eine starke Sozialdemokratie auf allen Ebenen, die gute Arbeit ohne Lohndumping durchsetzt.

Genderpolitische Maßstäbe hat die EU auch durch die weite Implementierung des Gender-Mainstreamings gesetzt. Im Nachgang zur UN-Frauenkonferenz in Peking 1995, 10 Jahre nachdem Gender-Mainstreaming auf internationaler und europäischer Ebene bereits andiskutiert wurde, hat die EU Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema in allen Politikbereichen auf europäischer Ebene erklärt, mit sehr positiven Auswirkungen auf die nationalen Ebenen. Ziel des Gender-Mainstreaming ist es, Geschlechteraspekte und die Auswirkungen der jeweiligen Politik auf die Geschlechter mitzubeachten. Nach Geschlecht getrennte Statistiken und die Implementierung des Gender-Budgeting seien hier als Instrumente beispielhaft genannt. Europaweit können wir hier nach dem „best-practice“-Prinzip von den an-

IMPRESSUM

Die „Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ - SPD Berlin Mitte

Redaktion & AutorInnen:

Andrea Achatz, Andreas Wiedermann, Ariane Giesler, Christina Ujma, Gerrit Holz, Hanno Winter, Heiko Hanschke, Julian Wittmann, Julian Zado, Jutta Leder, Moritz Stiepert, Sebastian Trommsdorff, Tim Schrock, Tülay Atac, Udo Sack, Ursula Trüper, Uwe Ostendorff

Koordinator & V.i.s.d.P.:

Udo Sack, Fehmarner Str. 3, 13353 Berlin

Layout & Druck: Christopher Vetter (Titelblatt), Heiko Hanschke, Copy Shop Peter Noak, Tegeler Str. 29 A, 13353 Berlin

Auflage: 200 Exemplare

KONTAKT:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Ein Beispiel an europäischer Wirkkraft auf Bundesgesetze:

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

von Tülay Ataç

Die Bundesrepublik Deutschland feiert gerade 60 Jahre Grundgesetz. Für die Einen ist es die beste Verfassung der Welt, für Andere - wie z.B. Helmut Schmidt - ist es die beste Verfassung, die Deutschland je hatte.

Welchen Superlativ man dem auch geben möge, einzig sind sich alle darüber, dass diese 60 Jahre viel Arbeit in Form von Diskussionen, Gesetzesentwürfen und Gesetzesrevisionen beinhalten, da über die hinweg einige Inhalte den jeweils aktuellen Wissensstand und die sozialen Realitäten miteinander aktualisiert werden mussten.

So auch der Artikel 3 des Grundgesetzes, laut dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich, Frauen und Männer gleichberechtigt sind und Niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner „Rasse“, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf und Niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Dieses Gesetz war ein Resultat der Lektionen aus dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg (nicht nur in Deutschland, denn diese Lektionen führten auch zu der ersten Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen im Jahre 1948) und war ein wichtiges versöhnliches Signal, allerdings

juristischer Hinsicht noch ausbaufähig, um umfassender und konkreter (z.B. in der Arbeitswelt) gegen Diskriminierung vorgehen zu können.

Auf Grundlage dessen, aber insbesondere durch die Vorgaben der EU 4 europäische Richtlinien (Antirassismus-Richtlinie aus dem Jahre 2000, Rahmen-Richtlinie aus dem Jahre 2000, revidierte Gender-Richtlinie aus dem Jahre 2002 und Gender-Richtlinie aus dem Jahre 2004) in Form eines Gesetzes in nationales Recht umzusetzen, trat im August 2006 nach langen Verzögerungen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG - den meisten besser bekannt unter der vorherigen Bezeichnung „Antidiskriminierungsgesetz“ - ADG) in Deutschland in Kraft.

Das AGG wird im Arbeits- und Zivilrecht angewendet und sein Ziel ist, Benachteiligungen aus Gründen der „Rasse“ (2) oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Neu an diesem Gesetz ist u.a., dass von nun an die Beweislast beim/bei der Arbeitgeber/in liegt, d.h. liegt ein Diskriminierungsvorwurf vor, so muss der/die Angeklagte (z.B. der/die Arbeitgeber/in, der/die Vermieter/in usw.) beweisen, dass der negativen Behandlung (z.B. keine Jobvergabe oder keine Wohnungsvergabe) keine Diskriminierung zugrunde lag. Dieses Gesetz wurde in Deutschland von der SPD und Bündnis 90/der Grünen unter Arstützt, stieß aber bei der FDP und Teilen der CDU zunächst auf wenig Sympathie, da diese Parteien einen Anzeigenmissbrauch und somit unnötige Kosten für die Wirtschaft

vermuteten. Ein anderes Gegenargument war auch die Befürchtung, dass dieses Gesetz den Diskriminierten eher schaden als nützen würde, denn dieses Gesetz könnte Firmen dazu verleiten, bestimmte Personengruppen überhaupt nicht mehr einzuladen, um einem - wenn auch nicht gewolltem - möglichen Diskriminierungsvorwurf zu entgehen.

Konkret ausgelöst wurde durch das AGG, dass der Bund eine bei dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelte Antidiskriminierungsstelle (ADS) eingerichtet hat, dessen Leiterin Dr. Martina Köppen ist.

Auf Landesebene ist die Antidiskriminierungsstelle der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zugeordnet und jedem im AGG genannten Diskriminierungsmerkmal ist ein vom Bund anerkannter Interessenverband zugeordnet, an welche sich die von Diskriminierung Betroffenen wenden können oder an die sie durch die ADS weitervermittelt werden.

Die anfangs von einigen Parteien befürchtete Prozessflut bestätigte sich bisher nicht, im Gegenteil, dem AGG wird laut einer durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegebenen Studie sogar nachgesagt, sie sei viel zu wenig bekannt und mehr Öffentlichkeitsarbeit wäre wünschenswert. Es gibt einige Broschüren und Internetseiten zu diesem Thema, aber dies scheint zu wenig zu sein. Auch ist es noch verfrüht, in diesem Stadium eine Tendenz der Fälle und Konsequenzen aufzuführen, da es noch kaum verwertbare Studien zu den im Rahmen der AGG stattgefundenen Prozessen gibt.

Festzuhalten ist, dass mit so einem Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, um dem „diversity management“

gerechter zu werden, wie es so schön im Neudeutschen heißt, und vor allem bewusster in Bezug auf die Probleme bei der Überwindung von direkten und subtilen Ausgrenzungsmechanismen zu werden und das Gesetz in Zukunft eventuell zu perfektionieren.

Anmerkungen:

(1) Eigene Anmerkung und Hervorhebung: Der Begriff „Rasse“ hat durch die Kolonialpraktiken und Rechtfertigungsmechanismen dieser Praktiken und durch den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust eine negative Konnotation erhalten und wird heutzutage nicht gern genutzt. Zudem ist der Inhalt „wegen seiner Rasse“ wissenschaftlich nicht haltbar, da es biologisch gesehen nur eine menschliche Rasse gibt und somit nicht von verschiedenen „Rassen“ in Bezug auf Menschen gesprochen werden kann.

(2) Hier wird dieser Begriff wie folgt verwendet, wie ein Informationsblatt des Bundesministeriums der Justiz zum (damals noch) ADG erläutert: „Die Richtlinie spricht von ‚Rasse‘, um klarzustellen, dass die Maßnahmen der Bekämpfung des Rassismus in der Europäischen Union dienen. Damit wird nicht Theorien das Wort geredet, die die Existenz menschlicher ‚Rassen‘ belegen wollen (Bewägungsgründe 5 und 6 der Antirassismus-Richtlinie 2000/43/EG)“.

Literatur-/Quellenverzeichnis:

<http://bundesrecht.juris.de/agg/index.html>
<http://dejure.org/gesetze/GG/3.html>
<http://bundesrecht.juris.de/agg/BJNR189710006.html>
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/017/1601780.pdf>
<http://baer.rewi.hu-berlin.de/wissen/antidiskriminierungsrecht/antidiskriminierungsgesetzgebung>
<http://www.agg-ratgeber.de/>
<http://www.antidiskriminierungsstelle.de>
<http://www.berlin.de/lb/ads/beratung/index.html>
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Band 4-Forschungsprojekt: Diskriminierung im Alltag- Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Heidelberg Juli 2008. Nomos Verlag.
 Informationsblatt des Bundesministeriums der Justiz zum ADG.

Lehren aus dem Europawahlkampf

Verbesserungsvorschläge für zukünftige Wahlkämpfe in Mitte - aus Sicht eines einfachen Wahlkämpfers

Von Sebastian Trommsdorff

Was ich in Mitte im Allgemeinen und beisebsternannter Wahlkampfkoordinator
uns in der 16. Abteilung im Besonderen an der Jusos Mitte vom 27. April bis zur Wahl
Wahlkampf gesehen habe, war grandios. am 7. Juni bei über 40 Ständen und Wahl
Die Stände waren immer gut besetzt, die kampfkationen zusammen mit vielen
meisten Aktionen haben Spaß gemacht, anderen Wahlkämpfern teilgenommen
die Leute haben positiv auf uns reagiert und habe, habe ich vor allem im Hinblick auf den
auch die Identifizierung der Wahlkämpfer kommenden Bundestagswahlkampf einige
selbst mit dem Verband ist gewachsen. Verbesserungsvorschläge, wie der sowieso
Es sind neue Freundschaften und soziale schon unglaublich engagierte Wahlkampf
Netzwerke entstanden. Vielleicht ist das noch verbessert werden könnte:

der Anfang einer Wiederauferstehung eines

sozialdemokratischen Milieus? Wohl eher 1. Die Argumentationshilfe „Gute Gründe:

nicht. Aber trotzdem ein guter Anfang oder Mehr SPD für Europa“ ist ein Superteil,

die Fortführung eines guten Zusammen- hätte aber noch viel mehr promotet wer

halts. Auch die Leute im KSH waren super den sollen. Auch finde ich sehr schade,

Ganz besonders loben möchte ich hier-Cladass der „Wahlkampf-Leitfaden 2009“ des

rissa De Sielvie und Artur Budnik aus dem WBH nur für Hauptamtliche zugänglich ist

Kreisbüro, die mein nerviges betteln nach (Ich: „zufällig einen gefunden“). Der hätte

mehr Wahlkampfmaterial als eigentlich für allen Wahlkämpfern leichter zugänglich

uns vorgesehen war ertrugen und mir auch gemacht werden sollen.

meistens noch etwas Material aus irgend

welchen geheimen Beständen beschafften, 2. Da wäre zum einen das Material selbst.

sowie die beiden Praktikanten Erika und Ich hätte es begrüßt, wenn nicht ganz so

Moritz des KSH für Mitte, die den roten Busse verschiedene Materialien zur Vertei

betreuten und die eine große Kreativität lung ausgegeben worden wären. Wenn das

und Eigendynamik bei der Planung und nicht geht, sollte wenigstens eine zeitliche

Durchführung von Ständen und Aktionen Abfolge empfohlen werden, was wann, wie

mit uns Jusos an den Tag legten. Last, but not in welcher Reihenfolge verteilt werden

not least sei an dieser Stelle Eike Bruns an. Ich habe jedenfalls bei den von mir or

dem Landesbüro der Jusos gedankt, welche organisierten Aktionen eine zeitliche Abfolge

uns knapp die dreifache Menge an für unfestgelegt, in der Hoffnung das Richtige zu

eingeplanten Material gab, plus ein Du tun. Ansonsten hat man die Wahl: Entweder

zend Jusoshirts plus eine ganze Menge-Euman konkurriert mit den eigenen Genossen

ropa-Frisbeescheiben. Überhaupt sei allen um die Passanten, weil jeder etwas anderes

Aktiven für ihre große Hilfe in diesem-Wahl urteilt und das ganze für den Wähler zum

kampf gedankt. Ebenfalls spektakulär fand Spießrutenlauf wird oder aber man drückt

ich unsere Plakate... besonders den Hai! dem armen Passanten gleich ein Kilo Papier,

welches man selbst aufgrund der Masse an

Aber nachdem ich im Europawahlkampf Material gar nicht alles gelesen hat, in die

als Wahlkampfleiter der 16. Abteilung und Hand, bestehend aus:

- Zeitungsformat „Berliner Mitte“
- Zeitungsformat „Klare Kante“
- Mehrseitiges DIN-A4 Faltblatt „Europa-manifest (Kurzfassung)“
- Mehrseitiges DIN-A4 Faltblatt „99 sozial demokratische Erfolge im Europäischen Parlament“
- Quadratisches Faltblatt, ca. DIN-A5, „Dagmar Roth-Behrendt“
- Quadratisches Faltblatt, ca. DIN-A5, „Kommunales Eigentum verkaufen, sagen die Konservativen.“
- Quadratisches Faltblatt, ca. DIN-A5, „Hiersen wird. Das spart Papier, was gut für die ist noch Platz für ein Atomkraftwerk,- sagen die Konservativen.“
- Quadratisches Faltblatt, ca. DIN-A5, „Der Markt regelt sich selbst, sagen die Konservativen.“
- Quadratisches Faltblatt, ca. DIN-A5, „Er soll für Dumpinglöhne arbeiten, sagen die Konservativen“
- Fremdsprachige Flyer auf Türkisch und Russisch
- Optional kommen noch Kulis, Lutscher, Gummiwürfel und Schokolädchen für die Karnevalsstimmung auf Kosten der Abteilungen
- Hinzu kam bei uns noch das Material der Jusos

3. Wo wir auch schon beim - meiner Ansicht nach - wichtigsten Punkt wären: Die Entscheidung darüber, welches Material in den Abteilungen verteilt wird. Diese Entscheidung sollte dezentral in den Abteilungen

getroffen werden und nicht pauschal von oben. Man könnte zum Beispiel jeder Abteilung entsprechend der Einwohnerzahl ein Budget zum Bestellen von Material auf Kosten des Kreises einräumen. Die Genossen vor Ort wissen am besten, wie man den Wähler vor Ort anspricht. Auch würde dies meiner Ansicht nach die Motivation der Genossen an den Ständen erhöhen, wenn ihnen wieder mal ein wenig Verantwortung und Entscheidungsfreiheit zurückübertragen wird.

4. Überhaupt sollte mehr auf eine gutgestaltete Webseite, welche über alle Themen zentral informiert, erstellt werden, auf die dann auf allen, hoffentlich nicht zu vielen, verschiedenen Flyern prominent hingewiesen wird. Das spart Papier, was gut für die Umwelt und den Geldbeutel ist. Da können wir uns am Ende noch mit Dicke tun, wir wären innovativ, modern, ökologisch und wüssten wie man mit Geld umgeht.

Ich hoffe das war jetzt nicht wieder alles zu negativ, aber so wie ich das gelernt habe, ist Kritik grundsätzlich positiv, da sie Einem neue oder andere Sichtweisen aufzeigt.



FEUILLETON

„Polarisierung wurde weder verstanden noch unterstützt“

Anmerkungen der Abgeordneten Jutta Leder zur Rolle der Kirchen beim Volksentscheid „Pro Reli“

Als Politikerin freue ich mich über das -einEs muss doch klar gewesen sein, dass das deutige Ergebnis des Volksentscheides, mitThema die Gesellschaft keineswegs spaltet dem der gemeinsame verpflichtende Ethik-und die Trennungslinien ganz woanders Unterricht an unseren Berliner Schulen verlaufen, als die Kampagnenführer glauben bestätigt wurde. Meine religiös geprägten machen wollten. So wie sich viele Sozialde Grundüberzeugungen als bekennende mokraten „Pro Reli“ ausgesprochen haben, Christin konnte dieser Ent - gab es etliche Kirchengemein scheid nicht erschüttern. Wohl den, die „Pro Ethik“ votiert aber meinen Glauben an die bzw. der offiziellen Linie die Amtskirche, die sich sehr welt Gefolgschaft heimlich versagt lich und politisch an einer Ka haben. pagne beteiligte, bei der ihre Betreiber zunehmend auf eine Polarisierung der Gesellschaft gesetzt haben, die dem Them nicht angemessen war. Und: Die von den Berlinerinnen und Berlinern weder verstanden noch unterstützt wurde. Gott sei Dank, möchte man sagen.



Jutta Leder

Wieder einmal ging es am Schluss um nicht Berliner gehören noch einer der großen mehr und nicht weniger als die Freiheit der christlichen Kirchen an. Das bedeutet: Eine Menschen, die es zu verteidigen galt. Dar übergroße Mehrheit hat sich von der Kirche unter hat es die Initiative „Pro Reli“ nichtabgewandt oder hatte nie etwas mit ihr zu getan. Ich habe nicht mitgezählt, wie oft tun. In den Bezirken, in denen „Pro Reli“ be politische Mitbewerber, zumeist die CDU, sondern wenig Zustimmung erfahren hat, hoch zu Ross für die Freiheit der Menschen liegt der Anteil höher, auch der Anteil der in die Schlacht gezogen sind. In der Regel Angehörigen anderer Glaubensrichtungen, gegen Sozialismus und gottlose Barbaren. namentlich der muslimischen. Das ist politischer Alltag und nicht weiter erwähnenswert. Als Mitglied der evange Als direkt für den Wahlkreis IV in Mitte lischen Kirche musste ich aber enttäuscht (nördliches Moabit, südlicher Wedding) ge feststellen, dass meine Kirche auf dieser wähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses Klaviatur aktiv mitgespielt hat. Auch wähnbin ich gut beraten, diese gesellschaftliche te ich die Zeiten hinter uns, in denen -Hir Realität zur Kenntnis zu nehmen und die briefe verschickt werden und von der Kanzel richtigen Wege für unsere Schulen zu fin herab christliche Wahlempfehlungen gege den. Der verpflichtende Ethik-Unterricht ben werden. gehört dazu, und es mutet vor diesem

Hintergrund fast wie ein Echo aus einer vergangenen Zeit an, wenn die Amtskirchen einen gleichberechtigten konfessionellen Unterricht für sich reklamieren. Nicht ohne Grund hat „Pro Reli“ seinen Ausgang im gutbürgerlich behüteten Zehlendorf genommen und auch dort die höchste Zustimmung gefunden.

Wie auch immer - diese Messe ist gesungen. Ob der gleichberechtigte Religionsunterricht mehr Schäflein in die Kirche getrieben hätte, bezweifle ich. Schon zu meiner Zeit

war Reli oft ein nicht besonders anregendes Fach, das kaum Antworten auf die Fragen der Zeit parat hatte. Und bei der Vorstellung, den Papst - nicht mein Papst, Martin Luther sei dank - als Berater in Empfängnisverhütungsfragen an der Seite meiner Kinder zu wissen, ergreift mich kaltes Grausen.

Kann die Kirche nun einfach wieder zur Tagesordnung übergehen? Ich fürchte nein. Der Religionsunterricht dürfte dabei das kleinste Problem sein. Der Senat und auch das Parlament waren immer darum bemüht, die Kirchen im konstruktiven Gespräch an der Ausgestaltung des Ethik-Unterrichts zu beteiligen und dieser Dialog kann - wenn seitens der Kirche gewünscht - auch wieder in Gang kommen. „In Berlin ist der Teufel los“, titelte die taz nach der Entscheidung. Nein, in Berlin ist nicht der Teufel los.

Gravierender für die Kirchen werden die Diskussionen sein, die sich im Umfeld des Volksentscheides aufgetan haben. Schon wird mancherorts darüber nachgedacht, ob das Berliner Modell nicht auch richtungweisend für andere Großstädte sein könnte. Schon erlebt der Laizismus, also die strikte Trennung von Staat und Religion, eine neue Nachfrage. Schon wird gefragt, wie es sein könne, dass die konfessionellen Kindergärten hochgradig vom Staat finanziert

Sozialistischer Lesezirkel

Erstes Treffen:

Mittwoch, 10 Juni ab 19.00 Uhr

im Ruchita

Ecke Nordufer/Torfstraße
(Nahe U-Bahnhof Amrummer Straße)

Wer sich mit der Geschichte, Philosophie und den inhaltlichen Wurzeln der Sozialdemokratie beschäftigen will, ist herzlich zum Gründungstreffen des Lesezirkels der Juso-Ag unserer Abteilung eingeladen. Wir wollen gemeinsam historische und aktuelle politische Texte lesen, verstehen und diskutieren. Wer Interesse hat und mitbestimmen will, welche Texte und welche Themen wir uns erarbeiten, kann am Mittwoch, den 10. Juni ab 19.00 Uhr im Ruchita vorbeischauen. Nicht nur Jusos sind herzlich willkommen!

Ansprechpartner:

Andreas Wiedermann

Tel.: 0151 / 20 62 69 04

Email: Andwieder@web.de

ausgetreten. Ich werde dies nicht tun, weil dem Volksentscheid mit CDU-Europa-Plan die Arbeit der Gemeinden bei mir vorkaten überklebt. Kann es sein, dass ich mit Ort kenne und ihre Bedeutung für die -Entmeinen Kirchensteuern die Aufstellkosten wicklung im Kiez zu schätzen weiß. Aber für die CDU übernommen habe?
 es bleiben ein paar ganz diesseitige Fragen zurück, auf die ich gern eine Antwort hätte. Ich hoffe, dass diese Fragen auch von den Die Kampagne „Pro Reli“ muss ein HeidenGemeinden gestellt werden, damit die geld verschlungen haben. Die Hirtenbriefe Wege des Herrn in diesem Falle mal nicht allein wurden mit 200.000 Euro beziffert, unergründlich bleiben. Insbesondere, wenn die Plakat- und Werbeaktionen werden wieder einmal kein Geld fürs Kirchendach ein Vielfaches davon gekostet haben. Wir vorhanden ist oder für einen dringend -be haben aber bis heute nicht erfahren, wo nötigsten Mitarbeiter.
 her das Geld kam und wie hoch der Anteil aus dem Kirchsteuersäckel ist. Mit einem An Gesprächsbedarf innerhalb der Kirchen „Vergelt's Gott“ war's wohl nicht getan. mangelt es zur Zeit jedenfalls nicht. Man Die großen Werbestelltafeln, im Fachjargon hätte ihn sich ersparen können ohne diesen „Wesselmantafeln“, wurden am Tag nachan sich schon unnötigen Volksentscheid.

Afrika beginnt gleich im Wedding

+++ Neue Fahrrad-Stadttour +++

Möchten Sie eine Initiation in die Geheimnisse afrikanischer Frisierkünste erfahren? Kennen Sie den Geschmack afrikanischer Küche? Haben Sie schon einmal einen Nollywood-Film gesehen? Afrika beginnt gleich im Wedding. Dort ist die größte afrikanische Community in Berlin zu finden.

Josy Apraku (Afrika-Community-Spezialistin im Wedding) führt die Gäste unter anderem in einen Afro-Shop und ein afrikanisches Restaurant, sie trifft einen Nollywood-Regisseur und besucht einen Maßschneider im afrikanischen Viertel.

Die neue Tour von „Nächste Ausfahrt Wedding“ ist aber auch eine Reise in ein dunkles Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte. Im Afrikanischen Viertel erinnern noch heute viele Straßennamen an die Kolonialherrschaft in Afrika. Ein Teil unserer Geschichte, der vielen unbekannt ist.



Nächste Termine:

Sa, 20. Juni; Sa, 25. Juli; Sa, 3. Oktober

Beginn jeweils 13 Uhr

Treffpunkt:

U-Bahnhof Afrikanische Straße (U 6)

Dauer: ca. 2,5 Stunden

Fahrrad-Tour, bitte Fahrrad mitbringen

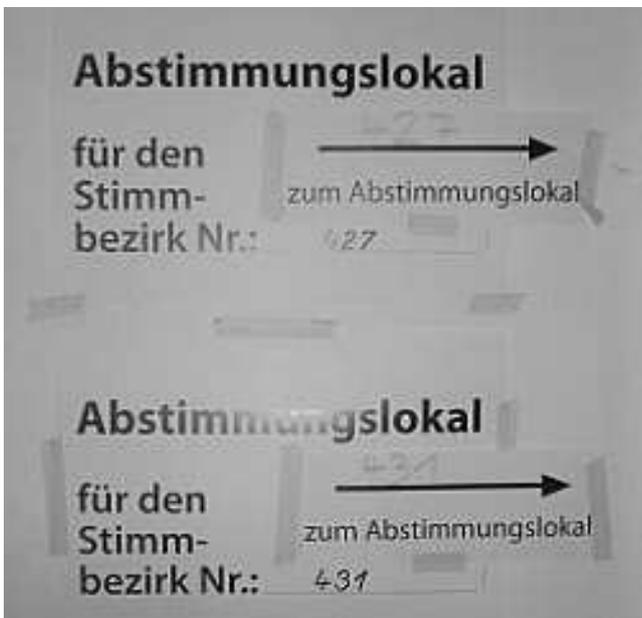
Weitere Infos: www.ausfahrtwedding.de

Pro Wähli

von Gerrit Holz

Sonderbar ist das schon: In Berlin strengt Kreuzchens bei „Ja“ oder „Nein“ zu investie eine Initiative eine Abstimmung darüber ren? Es ließe sich super in einen Sonntags an, ob Religion als Wahlpflichtfach einge spaziergang integrieren! führt werden soll. Es sind etwa zweieinhalb Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, sich Dieses Desinteresse verweist auf eine an der Abstimmung zu beteiligen. Das-Theschlimme Entwicklung: Die gegenseitige ma ist jedem verständlich zu machen, selbst Entfremdung von Politik und Menschen wenn es durch die Debatte etwas verkompliziert weit fortgeschritten. Dabei sollten doch liziert sein sollte.

gerade direkte Mitentscheidungsmöglichkeiten den Bürger besonders motivieren, am Willensbildungsprozess mitzuwirken. Offenbar ein Trugschluss: Für die Schweiz ist das Interesse an Volksabstimmungen, die häufig mit unter 50% Wahlbeteiligung stattfinden, als außerordentlich gering einzuschätzen. Dass eine hohe Wahlbeteiligung nicht einziges Kriterium für eine gesunde demokratische Kultur sein kann ist selbstverständlich. In der DDR wählte ja offiziell beinahe jeder. In Nordkorea ist das bis heute so. Aber ein klein wenig mehr Engagement darf es dann doch noch sein, liebe Berliner?



„Zur Abstimmung?“ „Rechts um, Treppe rauf, erste offene Tür links.“ „Danke.“

Dem subjektiven Empfinden nach sind es ziemlich wenige Bürger, die sich hier in d Verantwortung sehen. Bezeichnenderweise befinden sich viele Wahllokale in Schulen, denen an diesem Sonntag gähnende Leere herrscht. Die Menschen, um die es mehr heitlich geht, haben heute berechtigterweise frei. Darüber hinaus huschen nur vereiert erwachsene Bürger zu den Urnen, vor Massenaufläufen kann keine Rede sein.

Hat das Reizthema „Religion - Staat“ so sehr an Brisanz eingebüßt, dass selbst Stellungnahmen von Bekanntheitsgrößen wie Günther Jauch (dafür) oder Désirée Nick (dagegen) die Menschen nicht dazu bewegen können, die kleine Leistung eines



Bescheidene Beteiligung: Brüder-Grimm-Grundschule im Wedding

Der Berliner Blutmai 1929

von Andreas Wiedermann

Vor 80 Jahren am 23. März 1929 veröffentlichte der sozialdemokratische preußische Innenminister Albert Grzesinski eine Erklärung, in der er alle radikalen Parteien warnte, weiterhin Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung anzuwenden. Die Erklärung gipfelte in der Ankündigung, er werde „auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die politischen Parteien haben.“ Dieser „letzten Mahnung“ im Vorfeld des 1. Mai 1929 waren Monate blutiger Straßen- und Saalschlachten zwischen Kommunisten und Faschisten sowie mehrere Demonstrationsverbote vorausgegangen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hat diese Erklärung eine Woche vor dem 1. Mai als Provokation aufgefasst und rief alle Arbeiter auf, sich an den 1. Mai-Demonstrationen zu beteiligen, trotz Demonstrations- und Parteiverbot. Die Methoden der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung wurden in den kommunistischen Zeitungen als „faschistisch-diktatorisch“ diffamiert und man gab die Parole aus: „Straße frei dem Proletariat“, wies die Arbeiter aber an, den Tag der Arbeit um jeden Preis friedlich zu begehen.

Die SPD warnte dagegen die Arbeiter vor einer Teilnahme an den Mai-Demonstrationen und unterstellte der KPD, sie wolle blutige Zusammenstöße provozieren, um diese propagandistisch gegen die Weimarer Republik ausnutzen zu können. So verschärfte sich im Vorfeld des 1. Mai die Auseinandersetzung zwischen der oppositionellen KPD auf der einen und der staatlichen SPD und den Ordnungskräften des Staates auf der anderen Seite. Für die SPD wurde sie mit Beschimpfungen begrüßt

war das keine leichte Angelegenheit. Der 1. Mai war damals noch mehr als heute im Bewusstsein der organisierten Arbeiter ein bedeutender Tag. Die Umzüge und Feste an diesem Tag waren auch feste Bestandteile der sozialdemokratischen Tradition. Aus Sicht vieler Arbeiter musste es verstörend wirken, dass die KPD die Pflege dieser Tradition gegen SPD-geführte Regierungen in Preußen und im Reich erkämpfen musste. Am Morgen und Vormittag des 1. Mai 1929 zwar zu keinen Massenumzügen, aber in den Arbeitervierteln Berlins versammelten sich mehrere kleine Demonstrationen, selten größer als ein paar hundert Menschen, darunter auch viele Sozialdemokraten. Die Polizei löste sie sofort auf, woraufhin einige Demonstranten durch Lahmlegung des Verkehrs versuchten, die Umzüge neu zu beleben. Im Verlauf des Tages fuhr die Schutzpolizei (Schupo) immer wieder in die Arbeiterviertel, um die demonstrierenden Arbeiter auseinanderzujagen. Dabei setzte sie Knüppel und Spritzkommandos mit Wasserwerfern ein. Die Arbeiter flohen in die Lokale und die Nebenstraßen bis die Polizei wieder abzog, um sich danach neu zu versammeln. Anwehende Journalisten schrieben am nächsten Tag schon über diese Ereignisse, die Polizei sei mit unverhältnismäßiger Härte vorgegangen.

Im Wedding und in Neukölln eskalieren die Kämpfe

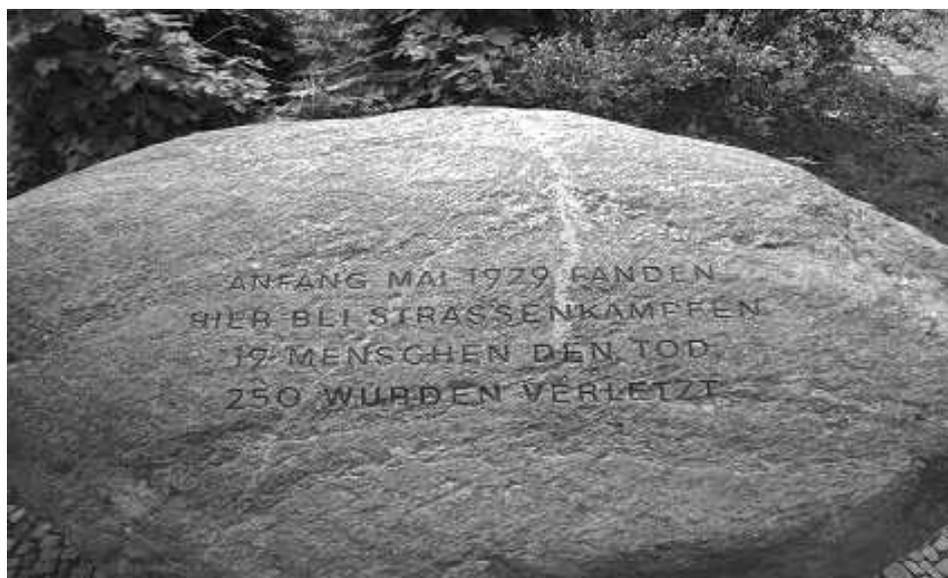
Am Nachmittag des 1. Mai fuhr die Schupo die Kösliner Straße im Wedding und zum Hermannplatz in Neukölln, um dort Menschenansammlungen zum wiederholten Male aufzulösen. In der Kösliner Straße wurde sie mit Beschimpfungen begrüßt

und aus den Fenstern mit diversen Gegenständen, Steinen und Flaschen beworfen. Sie befahl alle Fenster zu schließen. Als der sozialdemokratische Klempner Max Gemeinhardt dieser Aufforderung nicht nachkam und versuchte mit den Polizisten zu reden, wurde er von einem tödlichen Schuss in den Kopf getroffen. Dieser Vorfall löste eine Welle der Empörung in Zeitungen aus. Die KPD agitierte in ihren Aufrufen und in den Parlamenten gegen die SPD, deren Innenminister politisch Verantwortlichen für diesen Vorfälle waren.

In den folgenden Stunden eskalierte die Lage zunehmend. Am frühen Abend wurde eine Ansammlung von Arbeitern auf dem Nettelbeckplatz mit Wasserwerfern aufgelöst. Die Demonstranten flohen wieder in die Kösliner Straße. Inzwischen waren viele junge Arbeiter aus ganz Berlin unter die Straßenschlacht aus unpolitischen Gründen suchten. Sie bauten in der Weddingstraße aus einigen Brettern ein paar Hindernisse gegen die Polizei auf, worauf diese wiederum mit dem Einsatz von Panzerwagen, Maschinengewehren und Karabinern reagierte.

Zwischen dem Abend des 1. und dem 4. Mai drang die Schupo unter Einsatz der Panzerwagen und unter Deckung von MG-Sperrfeuer mehrmals in die Kösliner Straße ein, um sie zu „säubern“. Dabei schoss sie in die Fenster und die Eingänge der Mietshäuser. Ein Reporter wurde am 2. Mai während eines Abzuges der Kösliner Straße und berichtete „überall sind bis zum 3. Stock hinauf Fensterscheiben durchgeschossen, (...) in der Nähe der Fenstergesimse sind große Stücke des Putzes abgesplittert, so daß ein weißer Flecken neben dem anderen den ununterbrochenen Kugelregen erkennen läßt, (...) Auch in den Kellerwohnungen der Häuser sind die Kugeln durch die Rolljalousien gedungen, (...) wo verschiedentlich die Möbel und Einrichtungsgegenstände Kugelspuren aufweisen.“ Außerdem schrieb der Reporter von Menschenansammlungen in zwei Hausfluren, in denen man „dunkle Flecken, die die Sterbenden zurückgelassen haben“ sah.

Ein ähnliches Bild bot auch die Hermannstraße am 2. Mai, in der die Polizei ebenfalls Panzerwagen und Maschinengewehre gegen Demonstranten und Hausfassaden bis tief in die Nacht einsetzte. Sowohl im



Gedenkstein für die Toten des Blutmais Wiesenstraße Ecke Uferstraße, nahe der Kösliner Straße

Wedding wie in Neukölln wurden Unbe und legitimierte damit nachträglich das teiligte verletzt und getötet. In der Köslinrarte Vorgehen der Polizei. Spätestens ab Straße starb ein invalider Arbeiter in einerdem 3. Mai hat die Schupo keinen Unter Hausflur durch einen Querschläger, der dieschied mehr zwischen Demonstranten und Haustür durchschlug. Ein anderer Arbeiter, Passanten gemacht. Nach Hause kommen der während einer Feuerpause Bier holen de Einwohner wurden aufgegriffen und gehen wollte, wurde sofort als er die Hausmit Schlagstöcken zusammengeschlagen. tür öffnete von mehreren Querschlägern Es wurde systematisch in die Fenster ge getroffen und konnte erst nach Stunden schossen, nicht mehr nur, um vermeintliche aus dem Hausflur geholt werden, weil dieAngriffe aus den Wohnungen zu unterbin Schupo das Feuer nicht einstellte. den. In der Hermannstraße erschoss die

Charakteristisch für den psychologischen einen neuseeländischen Journalisten, der Zustand der Berliner Polizei in diesen Ta die Anweisungen der Polizei nicht korrekt gen ist ein Vorfall auf einem Polizeirevier verstand und ins Sperrgebiet ging. Unbe in Friedrichshain am 1. Mai. Sieben an derteiligte Anwohner wurden bei Schüssen Demonstrationen unbeteiligte Arbeiter, die durch ihre Fensterläden schwer verletzt und von einem Schützenfest kamen und ihre getötet.

Luftdruckgewehre verpackt dabei hatten, wurden von einer Polizeistreife aufgegrif Am 4. Mai entschärfte Zörgiebel den Aus fen. Noch bevor die Arbeiter ins Polizeirevier rmezustand wieder, woraufhin sich die gebracht wurden, verbreitete sich unter der Lage schlagartig entspannte und es kaum Polizisten aufgrund ihrer Festnahme das noch zu gewalttätigen Zusammenstößen Gerücht, Kommunisten würden das Revierzwischen Arbeitern und Polizei kam. Am mit Waffengewalt stürmen wollen. Als die6. Mai wurde der Ausnahmestand ganz Streife dann mit den Arbeitern im Revier aufgehoben. In den Tagen zwischen dem kam, herrschte eine Lynchjustiz-Stimmung. 1. und 4. Mai kamen insgesamt 33 Men Die Arbeiter wurden schwer misshandelt schen um, darunter kein einziger Polizist. und bewusstlos geprügelt. 198 Menschen wurden verletzt und 1228 festgenommen. Die Polizei meldete 47

Ausnahmestand

Am Abend des 2. Mai verschärfte sich diezeigen auffallend, wie falsch die Polizei die Lage noch einmal . Die Polizei sperrte dasSituation einschätzte und öffentlich dar- Gebiet um die Kösliner Straße großräu- stellte. Sie begründete ihr hartes Vorgehen mig ab und unterband Barrikadenbauten mit einer angeblich „bürgerkriegsähnli - durch massives Sperrfeuer. Sie befahl, in chen“ Situation und sprach immer wieder den beiden Gebieten Türen und Fenster von aufständischen und bewaffneten geschlossen und die Straßenzüge dunkel Arbeitern. Dies war nachweislich nicht der zu halten. Zuwiderhandlungen wurden mitFall. Von Schusswaffengebrauch gegen die Maschinengewehrsalven geahndet. Am Polizei gibt es nur vereinzelte Belege, trotz 3. Mai verhängte der sozialdemokratische vieler anwesender Journalisten. Die Polizei Polizeipräsident Karl Friedrich Zörgiebel selbst fand bei Wohnungsdurchsuchungen den Ausnahmestand über die Gebiete um den umkämpften Gebieten so gut wie die Kösliner Straße und die Hermannstraße keine Schusswaffen.

Ursachen und Bedeutung des Blutmais

Die Deutsche Liga für Menschenrechte schrieb in einem Bericht vom Oktober 1929 von einer „Bürgerkriegspsychose“ der Berliner Polizei. Sie unterband am 1. Mai jenen friedliche Arbeiterdemonstration sehr rigide. Als einige Arbeiter in der Weddingstraße versuchten, die Polizei mit Brettern auf den Straßen zu behindern, verbreitete

sich das Gerücht, die Arbeiter würden Barrikaden bauen. Die Polizei glaubte ab nun daran, einen kommunistischen Aufstand niederschlagen zu müssen, obwohl weder die Zahl noch die politische Motivation den Demonstranten auf einen Aufstand schließen ließen. Erinnerungen an den Spartakusaufstand im Januar 1919, als eine Minderheit unter den Arbeitern versucht hat, die deutsche Revolution zu radikalisieren und es zu Barrikadenkämpfen in Berlin kam, und die aufgeheizte antikommunistische Stimmung im deutschen Bürgertum und innerhalb der Sozialdemokratie während der Weimarer Jahre, haben in der Köpfen der politisch Verantwortlichen sowie der Berliner Polizisten ein Schreckgespenst erzeugt, welches überhaupt nicht real war. Die ständige Angst vor einem „bolschewistischen“

Putsch, die in vielen Zeitungen und von fast allen Parteien, einschließlich der SPD, geschürt wurde, begleitete die gesamte Zeit der Weimarer Republik. Der Berliner Blutmai 1929 war eine ihrer blutigen Folgen.

Die politischen Nachwirkungen dieses Ereignisses wogen nicht weniger schwer. Es vertiefte den Graben zwischen den Arbeiterparteien weiter, während die NSDAP begann, sich zur Massenpartei zu entwickeln und die alten monarchistisch geprägten Eliten des Reiches mit der Macht des Reichspräsidenten Hindenburgs anfangen, die Demokratie schrittweise abzuwickeln. Die SPD, allen voran ihr rechter Flügel,

te weiterhin gegen die „bolschewistische Gefahr“ und verteidigte das Vorgehen ihrer eigenen Innenminister und der Berliner Polizei, obwohl auch Sozialdemokraten und Unbeteiligte in den Kämpfen starben. Anstatt zuzugeben, dass es keinen kommunistischen Aufstandsversuch gab, wurde der öffentliche Darstellung durch die Polizei nicht widersprochen und ihr hartes Vorgehen nachträglich öffentlich gerechtfertigt.

Die Innenminister verboten den Roten Frontkämpferbund (RFB) unmittelbar nach dem Blutmai. Diese paramilitärische Organisation der KPD war so gut wie nicht an den Kämpfen beteiligt. Von den 1200 Verhafteten waren nur einige wenige Mitglieder des RFB. Mit dem von der SPD initiierten Verbot des RFB ließ man keinen Zweifel daran, dass man die Schuld an dem Blutmai dem besseren Wissens der KPD gab. Damit verstetigte die SPD ihren unversöhnlichen Kurs gegenüber den Kommunisten. Allerdings enttäuschte sie damit ein Mal mehr die traditionsbewussten und linksgerichteten Arbeiter, die den Kurs der SPD während der Weimarer Jahre sowieso in vielen Punkten für zu gemäßigt hielten und sich ein energischeres Vorgehen gegen die politische Rechte wünschten.

Der KPD-Führung wurde es dagegen sehr erleichtert, das von Moskau diktierte Programm gegen die Sozialdemokratie innerparteilich durchzusetzen. Ende der 20er Jahre beschloss die Kommunistische Internationale (Komintern) eine neue Strategie,

nach der die „Sozialdemokratie der gemäßigten Flügel des Faschismus“ sei. Sie würde das kapitalistische System stützen und die Arbeiter verblenden, um die ausbeuterischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Sie sei daher genauso zu bekämpfen wie die bürgerlichen oder faschistischen Parteien. Trotz aller Kritik, auch innerhalb der KPD, agitierte an diesem Standpunkt der Komintern,

wurde er unter kommunistischen Arbeitern SPD gegenseitig bis aufs Blut, anstatt die massenwirksam und besaß auch darüber Spaltung der Arbeiterbewegung angesichts hinaus in der Arbeiterschaft Überzeugungs der drohenden und offensichtlichen Gefahr kraft, was sich unter anderem auch in dem von Rechts zu überwinden und gemeinsam starken Mitglieder- und Wählerzuwachs der demokratischen und sozialen Errungen KPD ab Ende der 20er Jahre widerspiegelt. schafften der Weimarer Republik zu verteidigen und offensiv auszubauen. Der 1. Mai wahllos auf Arbeiter schießen lassen, die 1929 ist nicht nur ein blutiges Ereignis in der ihre traditionelle 1. Mai-Demo durchführen. Geschichte der Arbeiterbewegung, er ist ein wollten, dann war das aus Sicht vieler Arbeiter ein trauriges Symbol der historischen Blindheit ter ein Verrat an der Sache des Proletariats der beiden großen Arbeiterparteien. Die SPD schien sich auf die Seite reaktionärer Kräfte zu stellen

Literaturhinweise:

Die Berliner Ereignisse im Mai 1929 wurden für die KPD ein Teil ihres Geschichtsmythos, auf den sie in ihrer Propaganda immer wieder Bezug nahm, um ihren eigenen revolutionären Kampf zu legitimieren und die SPD als „sozialfaschistische“ Partei zu diskreditieren. Die SPD-Führung beförderte unabsichtlich die Wirkung dieser Propaganda noch, indem sie repressives Vorgehen gegen die KPD unterstützte oder selbst verantwortete. So bekämpften sich KPD und

Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten der Berliner Ereignisse von 1929. Bonn, 1968.

- Léon Schirmann: Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit. Berlin, 1991.
- Klaus Neukrantz: Barrikaden am Wedding. Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929. Berlin, 1970.

Internet:
<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Sonntag-Sonntag-Blutmai-Wedding;art2566,2776023>

Die Rückkehr zur Zukunft: Die linke Gewerkschaft CGIL organisiert den sozialen Protest in Italien

von Christina Ujma

Die italienische Linke mag in der Dauerkrise der Regierung Berlusconi, die Kosten der sein, ihre Basis lässt sich davon nicht allzu sehr beeindrucken, denn am 4. April waren die Straßen und Plätze Roms einmal mehr Schauplatz eines Massenaufgebots der linken Gewerkschaft CGIL, die sich damit als organisations- und mobilisierungsstärkste Arbeiterorganisation Europas erwiesen hat. Unter dem Motto „Futuro sì, indietro no“ - ja zum Fortschritt, nein zum Rückschritt - demonstrierten zwischen 2,7 und 3 Millionen Menschen gegen die Versuche der Regierung Berlusconi, die Kosten der Krise auf die Arbeitenden und Arbeitslosen abzuwälzen. „Hände weg von den Gehältern, Renten, Rechten und der Freiheit, gemeinsam für ein gerechteres, demokratischeres und solidarischeres Italien“ hieß es auf den Flugblättern und Plakaten und die CGIL präsentierte sich selbstbewusst als Repräsentant des Italiens, das sich dem sozialen und gesellschaftlichen Rückschritt entgegenstellt.

Die größte Gewerkschaftsdemonstration Europas

Hunderttausende ItalienerInnen sind mit den in der Nacht aufgestanden oder gar die Nacht durchgefahren, um in 42 Sonderzügen, 7.000 Bussen und zwei Schiffen am Vormittag des 4. April in fünf gigantischen Demonstrationenzügen auf den Circo Massimo in Rom vorzurücken, wo die Abschlusskundgebung als fröhliches linkes Volksfest gestaltet wurde. Es gab viel linke Musik, auch Reden, denen aufmerksam zugehört wurde. Die Farbe des Tages war rot, die roten Kappen und Fahnen der CGIL, aber auch die der linken Zeitschriften wie Il Manifesto dominierten das Bild.

Natürlich waren auch die Linksparteien vertreten und zwar alle, die sich auch irgendwie links definieren, selbst Antonio di Pietro und seine Partei Italia dei Valori machten mit und sorgten mit ihren weißen grundigen Fahnen für ein wenig Kontrast in dem Meer von roten Flaggen und Kappen. Die Vorsitzenden und ehemaligen Vorsitzenden sämtlicher Linksparteien und deren Spitzenpolitiker defilierten alle an CGIL-Chef Epifani vorbei und der hatte viele Hände zu schütteln. PD-Vorsitzender Dario Franceschino und seine Vorgänger Veltroni, Fassino und D'Alema waren ebenso anwesend wie das Führungspersonal der Linksparteien, von Rifondazione, Sinistra Democratica, den Grünen, PdCI, Rifondazione per la Sinistra bzw. Movimento per la Sinistra mit Bertinotti, Ferrero, Vendola, Fava und Grazia Francescato. Sämtliche linke Regionalpräsidenten und Bürgermeister waren gekommen, über die wenigen, die ohne guten Grund bzw. unentschuldigt fehlten, stellte die Presse gleich Spekulationen bezüglich Rechtsabweichung an.

Eines hat die CGIL zumindest geschafft,

so spotteten einige Zeitungen, sie hat die italienische Linke immerhin für einen Tag geeint. Im Zusammenhang dieser größten europäischen Gewerkschaftsdemonstration seit Jahren kann man die Mobilisierung der CGIL nur bewundern: Mit nationalen und regionalen Aufrufen haben sie die progressiven Kräfte geschickt eingesetzt, es gab Aufrufe der Politikerinnen und Politiker, von 64 Europaabgeordneten, der prominenten Kultur- und Medienschaffenden, der WissenschaftlerInnen, der Bewegungen, wie z.B. der Friedensbewegung, der Lesben- und Schwulenbewegung, der Partisanenverbände.¹

Breites gesellschaftliches Bündnis

Auf der Kundgebung durften die Politiker allerdings nicht reden, sondern nur zuhören. Geredet haben Vertreter und Vertreterinnen der Gruppen, die auch die Mehrheit der Demonstranten stellten und hier ist der CGIL wiederum ein beeindruckendes soziales Bündnis gelungen. Neben der traditionellen Basis der CGIL, der IndustriearbeiterInnenenschaft und den Beschäftigten des öffentlichen Sektors, hat es die Gewerkschaft geschafft, auch große Teile sowohl der Studenten- und Schülerbewegung als auch der Lehrer- und Hochschullehrerbewegung gegen die Kürzungen im Bildungssystem unter ihre Fittiche zu nehmen. Auch die Bewegung der prekär Beschäftigten und der Arbeitslosen war bei der Demonstration zahlreich vertreten. Die Anti-Rassismuskampagne der CGIL zeigte ihre Erfolge darin, dass sowohl legal als auch illegal in Italien lebende MigrantInnen teilnahmen und einer ihrer Vertreter zu den Rednern der Kundgebung gehörte. Obwohl die stets zu Protest aufgelegte RentnerInnenbewegung gegen Altersarmut und Minipensionen bei der Demonstration einmal mehr ihre Stärke zeigte, waren alle Altersgruppen ungefähr gleichstark vertreten. Viele Zeitungen zeig

ten sich erstaunt über die große Anzahl von jungen Leuten unter den Demonstranten, die nicht nur der Studierendenbewegung angehörten, sondern auch der IndustriearbeiterInnenschaft und dem öffentlichen Dienst. Womit die These, dass die Gewerkschaften und ihre Mitglieder von gestern seien und dass gewerkschaftliches Engagement vor allem Männer über 50 interessieren würde, erfolgreich widerlegt wurde. Dementsprechend war auch die Musik, die einen wichtigen Teil der Kundgebung bildete: es gab linke Musik mit den Modena City Ramblers, aber Bella Ciao intonierten, hielt Gewerkschaftschef Epifani eine kämpferische Rede, der die meisten Demonstrationsteilnehmer mehrheitlich aufmerksam lauschten.

Die CGIL repräsentiert das Italien der Arbeit

Epifani plädierte für eine Politik, die in der Krise niemanden zurücklässt und wandte sich dagegen, den Banken und Unternehmen das Geld hinterherzuwerfen, die Opfer der Krise aber zu ignorieren. Er warb für eine Politik, die sich an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen orientiert, seien sie regulär oder prekär beschäftigt oder gar im informellen Sektor, üblicherweise Schwarzarbeit genannt. Wie auch die Linksparteien kritisierte er viele der Konjunkturmaßnahmen der Regierung Berlusconi, die sich vor allem auf bauliche Infrastrukturmaßnahmen erstrecken, als Geldverschwendung und Klientelismus. Denn diese würden vor allem den Unternehmern, d.h. Berlusconis Kollegen zugute kommen, die sich damit eine goldene Nase verdienen würden, während für die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, kaum etwas getan werde und der Unternehmerverband zusammen mit den rechten Parteien

vorschlag Lohnsenkungen und den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten fordern würde. Stattdessen verlangte Epifani Umverteilung, aktive Sozialpolitik, Armutsbekämpfung, Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Statt die Lasten der Krise auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen, forderte er den Kampf gegen die weitverbreitete Steuerhinterziehung der Wohlhabenden. Er wandte sich gegen ungleiche Löhne, Frauendiskriminierung und Migrationenfeindlichkeit auf dem Arbeitsmarkt, wie gegen Niedriglöhne und Minipensionen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Ausländerhetze. Er verwies auf die besonderen Probleme des Südens und schloss mit der Botschaft, dass auf der Kundgebung das Italien, das arbeitet, gegen das Italien des Kapitals aufgestanden sei. Vom Circo Massimo gehe die Botschaft eines solidarischeren Italiens aus, sagte Epifani zum Abschluss, der auch sehr selbstbewusst die CGIL als die Organisation feierte, der es gelingt, die Welt der Arbeit wie auch die Bewegungen zu mobilisieren. Er hob auch auf die supranationalen Dimensionen des Gewerkschaftsprotests ab und freute sich über die internationale Unterstützung für die CGIL, die u.a. aus Südamerika und von der französischen CGT kam.

Herausforderung für die Parteipolitik

Von der riesigen linken Demonstration zeigte sich auch die Welt der Politik auf die eine oder andere Weise beeindruckt. Der Wunsch, die 2,7 Millionen Demonstranten auch politisch zu repräsentieren, wurde wiederholt geäußert, z.B. von dem ehemaligen Vorsitzenden von Rifondazione Comunista, Fausto Bertinotti, der dazu aufrief, endlich mit der Formation der Linkspartei voranzuschreiten.

Verständlicherweise war außerhalb der

linken Linken die Begeisterung weniger ausgeprägt. Die Rechte erging sich in Schmähungen, Berlusconi bekam einen Tobsuchtsanfall, beschimpfte Demonstration wie Demonstranten und wiederholte, dass er mit dieser CGIL nicht verhandeln wolle. Realitätsverlust, unverantwortlichen Radikalismus, Weltfremdheit und Wahlkampf für die PD wurden der CGIL vorgeworfen. Dies ist besonders absurd, denn die CGIL mag der PD immer noch affiliert sein, sonderlich harmonisch ist deren Verhältnis schon lange nicht mehr, denn die Arbeit und Soziales spielen bei den post sozialdemokratischen Postkommunisten keine sonderlich wichtige Rolle.

Die Tatsache, dass sich die CGIL und ihr Vorsitzender Epifani erfolgreich als eigentliche Opposition etabliert hat, und dabei im Unterschied zur PD eine solide sozialdemokratische Rolle spielt, ärgert die PD-Führung maßlos. Nach der Fusion von sozialdemokratischer DS und linkschristdemokratischer Margherita zur PD konnten besonders die Christdemokraten wenig gewerkschaftlichen Politikformen anfangen; sehr zum Ärger der CGIL blieben sie anfangs Protestkundgebungen meist fern. Dies hat sich geändert, mittlerweile sind die alten Christdemokraten, zu denen auch der neue PD-Vorsitzende Dario Franceschini zählt, brav dabei, wenn die eigene Gewerkschaft zum Protest ruft, auch wenn sie so sehr fremdeln.

Uneinigkeit im gewerkschaftlichen Lager

Der neue PD-Vorsitzende Franceschini erschien zwar auf der Demonstration und sicherte der CGIL seine Unterstützung zu; dies hielt ihn nicht davon ab, am Tag nach die Gewerkschaft aufzufordern, weniger zu protestieren und sich stattdessen mit den anderen beiden Gewerkschaften CISL und UIL zu einigen. Die waren gerade

dabei, ein Abkommen mit Berlusconi zu unterzeichnen, in dem sie Wohlverhalten in der Krise und Verzicht versprechen. Einige Funktionäre vom rechten Flügel der CGIL bekamen in konservativen Zeitungen sehr viele Zeilen eingeräumt, um diese Position zu unterstützen.

Diese Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ist unschön, hat aber der CGIL bislang nicht geschadet; im Gegenteil gelingt es ihr, den Unmut weiter Teile der ArbeiterInnen schon lange nicht mehr, denn die Themenschaft zu artikulieren und gegenüber den anderen beiden Gewerkschaften Boden gut zu machen. Auf dem anstehenden Gewerkschaftskongress der CGIL wird die Linie sicher kontrovers diskutiert werden, aber bislang gibt der Erfolg der jetzigen Linie der Gewerkschaft recht, denn sie hat es fast als einzige Gewerkschaft Westeuropas geschafft, der Krise offensiv zu begegnen. Sie hat den Herbst und Winter über trotz misslichen Wetters eine hohe Mobilisierung bei Streiks und Kundgebungen aufrechterhalten. Ihre Mitgliedschaft ist, wie Epifani gern mitbetont, dezidiert gegen Nachgiebigkeit den Unternehmen und Berlusconi gegenüber eingestellt, was auch für die Basis der anderen Gewerkschaften gilt, die Epifani beschuldigt, den Willen ihrer Mitglieder nicht zu berücksichtigen. Was passiert, wenn Gewerkschaften gegen die Interessen ihrer Mitglieder handeln, könne man in England oder Frankreich sehen, wo sich die Frustration der ArbeiterInnenschaft in Krawallen und wilden Protesten entlädt.

Der Neoliberalismus als Mega-Flop

Auch wenn es in Italien bislang friedlich geblieben ist, nehmen selbst gemäßigte Linke kein Blatt vor den Mund; von Gewerkschaftern wie von prominenten Mitgliedern der PD hört man Verständnis für die Randalierer in den europäischen Nachbarländern. Der Philosoph Massimo

Cacciari, gegenwärtig PD-Bürgermeister von Venedig, hat es kürzlich in L'Unita zum Punkt gebracht: Der Neoliberalismus hat sich als Mega-Flop erwiesen; der Versuch, die Kosten dieses Desasters jetzt auf die Arbeitnehmerschaft abzuwälzen und der Jugend, deren Jobaussichten düster aussehen, die Zukunftschancen zu nehmen, löst verständliche und vollziehbare Wut aus. Die Wirtschaft und Politik beherrschenden Eliten haben sich als unfähig erwiesen, von ihnen keine Problemlösung erwarten, so weiter. Die Ursache der spontanen Krawalle in Frankreich oder England liege auch daran, dass es der Arbeit, besonders der Arbeit im prekären oder informellen Sektor an politischer Repräsentation und damit an politischer Führung mangelt, sagte Cacciari. Die Situation stelle für die Linke eine liche Herausforderung dar, denn es besteht immer die Möglichkeit, dass der autoritär gesinnten Kräften instrumentaliert werde. Der bei weiten Teilen der linken propagierte Lösungsansatz, eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat der 1970er Jahre zu fordern, werde da kaum Antwort genügen, auch die Globalisierung und die Antwort genügen, auch die Globalisierung und davon träumen würden.

Rückkehr der sozialen Frage

Immerhin verbreitet sich bei der Linken langsam die Einsicht, dass es nötig sei, Formen der politischen Repräsentation der Arbeit zu finden. Massimo D'Alema sprach sich für die Gründung einer Partei innerhalb der PD aus und Nichi Vendola, Anführer der neuen Linkspartei, dem vorgeworfen wurde, nicht genug zu sein, war am 21. April einer linken Programmkonferenz mit dem Titel *Il lavoro: cuore di un nuovo modello*

Glossar:**Gewerkschaften in Italien**

CGIL Linksgewerkschaft, ca. 5,2 Millionen Mitglieder

UIL Liberal, ca. 1,6 Millionen Mitglieder

CISL christlich und konservativ ca. 4,3 Millionen Mitglieder

Linke Parteien in Italien

PCI Partito Comunista Italiano bis 1991

Daraus entstanden:

PRC Partito Rifondazione Comunista besteht trotz zahlreicher Abspaltungen bis heute

PDS/DS Sozialdemokratische Partei bis 2007

Dann Fusion mit der linkschristdemokratischen Margherita zur:

PD Partito Democratico - Demokratische Partei

Davon abgespalten:

SD Sinistra Democratica - Demokratische Linke

Abspaltungen von Rifondazione:

PdCI Comunisti Italiani

MpS Rifondazione per la Sinistra bzw. Movimento per la Sinistra

Neu:

Sinistra e Liberta - Bündnis von MpS, Grünen, SD und einer Minderheit der PdCI März 2009

1) <http://www.cgil.it/speciali/20090404/default.aspx>

2) L'Unita, 5.4.2009.

Erzählcafé Wedding

Sonnabend, 20. Juni 2009, ab 15 Uhr

Zu Gast: Mohammed Abdel Amine

Er ist 33 Jahre alt, spricht neun Sprachen und studiert an der Freien Universität Politikwissenschaft. An den Wochenenden arbeitet er in einem Flüchtlingsheim der Diakonie als Pförtner. Vor zehn Jahren war er selbst ein Flüchtling. In seiner westafrikanischen Heimat Togo hatte er sich für Menschenrechte engagiert und mußte ins Exil gehen, kam so in die brandenburgische Kleinstadt Rathenow. Amine und andere Asylbewerber setzten sich gegen die Zustände dort zur Wehr, sie veröffentlichten ein Memorandum, demonstrierten gegen die „Residenzpflicht“, gegen eine Wachschutzfirma, die Neonazis beschäftigte und gründeten mit deutschen Unterstützern die „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“. Einige der Mitstreiter wurden abgeschoben. Mohammed Abdel Amine und Christopher Nsoh aus Kamerun widerstanden dem Druck. Nsoh ist inzwischen promovierter Jurist. Amine, der heute im Wedding lebt, erzählt über die Erfahrungen in seiner afrikanischen Heimat und in Deutschland.

Veranstaltungsort:

Bürgersaal der Berliner Bau-Genossenschaft
Malplaquetstraße 15a, 13347 Berlin

Der Eintritt ist frei.

Um eine kleine Spende wird gebeten.

Kontakt: Regina Scheer, Tel.: (030) 4810164, Email: Erzaehlcafe@web.de

Fahrverbindung:

Die Malplaquetstraße 15a liegt zwischen den U-Bahnhöfen Nauener Platz, Leopoldplatz und Seestraße. Fußweg jeweils ca. 10 Minuten.

Literaturtipp:

Wege in die Moderne

Reiseliteratur von Schriftstellerinnen und Schriftstellern des Vormärz

Nach der Grand Tour und vor dem Zeitalter des industriell organisierten Massentourismus - also im Vormärz - stößt die Reiseliteratur in neue Dimensionen vor. Bewegung und Horizonterweiterung werden in vielen Reiseberichten dieser Zeit offensiv gesucht. Als Folge davon entsteht ein vieldimensionales Diskursgefüge, in dem sich die thematischen Ebenen und Perspektiven immer wieder überschneiden und wichtig sind. Das differenziert das Bild der Epoche, denn die Reisebeschreibungen des Vormärz sind auch dann politisch bewusst, wenn sie nicht primär Politisches diskutieren. Sie sind darüber hinaus auch heiter, neugierig, manchmal sinnlich oder traurig und bedienen also keines der gängigen Klischee vom Vormärz. In den Beiträgen des Sammelbandes werden unterschiedlichste Reisen und Themen sehr unterschiedlicher Autorinnen wie Autoren analysiert. Fanny Lewald, Ida Hahn-Hahn, Louise Aston, Fanny Hensel-Mendelssohn, Johanna Schopenhauer, Fanny Tarnow, Betty Paoli, Helmina von Chézys, Therese von Bacheracht, Malwida von Meysenbug, Friedrich Engels, Albert Dulk oder Karl Nauwerck nutzen die Reisebeschreibung als Medium der politischen und persönlichen Selbstverständigung. Dabei geben sie Auskunft über die soziale, kulturelle und politische Realität der von ihnen bereisten Länder und versuchen immer wieder, kritische Inhalte am Zensor vorbei nach Deutschland zu schmuggeln, um über die Verhältnisse im Ausland zu informieren und gleichzeitig für Veränderungen daheim zu werben.

Aus dem Inhalt:

- I. Revolutionierung des Reisens
- II. Reisen, Leben, Schreiben
- III. Frankreichreisen zwischen Kunstsalon und Lebenskunst
- IV. Zwischen Irritation und Bewunderung - Englandreisen im Vor- und Nachmärz
- V. Zwischen Irritation und Herablassung, Reisende Engländer im Deutschland des Vormärz
- VI. Italien - Das Land der Inspiration
- VII. Orientalismus und Unterwicklung - Reise an die Ränder Europas
- VIII. Ausklang: Salon statt Revolution - Exil salons des Nachmärz

Herausgegeben von Christina Ujma
 Forum Vormärz Forschung
 Jahrbuch 2008, 14. Jahrgang
 2009, ISBN 978-3-89528-728-2,
 347 Seiten, kart. EUR 45,-

Nähere Infos unter www.christina-ujma.de

Warum nur lesen, was andere schreiben?

Die Propagandistin nimmt gern eure Beiträge für die nächste Ausgabe entgegen.

Wer einen Text veröffentlichen möchte, wendet sich vertrauensvoll per mail an die Redaktion unter

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Friecks in neuem Haus

Das „prime time theater“ in neuer Spielstätte *von Heiko Hanschke*

Prenzlacher, Friedrichshain, „Gutes on in Ihre Zukunft“. „Mit Bordmitteln hat Wedding, schlechtes Wedding“. Seit über 5 Jahren erfreut das „prime time theater“ die Stadt mit seinen Produktionen im schönendankbar, dass öffentliche Gelder zur Unterstützung bereit gestanden haben“, so Oliver Tautorat zur Finanzierung, „insbesondere größere Häuser. Und trotzdem heisst es nach wie vor sehr oft „ausverkauft“.



„The Friecks“. Hier lebt die Kommune „K1“ wieder auf, diesmal als Weddinger Ausgabe „K 65“. Für Kurzentenschlossene noch bis zum 9. Juni zu sehen.

Nun wurde abermals umgezogen. Nur zwei Häuser weiter in die Müllerstraße 163. Der neue Standort verfügt über 210 Plätze – kuschelige, gepolsterte Kinossessel (wie die beiden Theaterleiter Constanze Behrends und Oliver Tautorat betonen), über ein schönes Foyer mit Bar und über eine größere Bühne. Die intime Atmosphäre des alten Theaters soll aber erhalten bleiben.

Eröffnet wurde das Theater am 8. Mai mit der Inszenierung „The Friecks“, die noch bis zum 9. Juni gespielt wird. Danach heisst es dann wieder „Guter Wedding, schlechtes Bund-Länder-Programms „Aktive Stadtzentren“, sowie durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung „Investiti

bei der Beantragung der Fördermittel hat uns angenehm überrascht. Hier hatten wir einen undurchdringlichen Bürokratiedschungel befürchtet, aber es kam anders. Die öffentliche Verwaltung ist in diesem Falle ihrem Ruf durchaus nicht gerecht geworden, sondern hat im Gegenteil für uns manche Machete geschwungen. “

Besonderer Clou der neuen Spielstätte ist eine technische Theater-Revolution: Das W.E.L.T.-Format. Constanze Behrends: „W.E.L.T steht für „Wedding Entertainment Live Television“ und ist eine Weiterentwicklung unseres Konzeptes, die Film und Fernsehwelt noch enger mit der Bühne zu verbinden. In all

unseren zukünftigen Stücken werden auf zwei großen Rückprojektionswänden, welche die gesamte Bühnenrückwand ausfüllen, Hintergründe in Form von Videos oder Bildern projiziert. Damit entsteht das Bild eines überdimensionalen Fernsehers, in dem die Akteure live spielen.

www.primetimetheater.de oder telefonisch unter 49 90 79 58.

Praktikum bei der SPD - Kreis Mitte

von Moritz Stiepert

Ich bin Praktikant bei der SPD. Ginge es müssen uns nicht verstecken und das ze nach der BILD und der TAZ, die in dieser gen wir auch.

Frage eine komische Allianz schlossen,

müsste ich mich jetzt ausgenutzt fühlen, Bisher war die Reaktion der Bürger auch aber irgendwie interessieren mich unsere nicht schlecht. Die Meinung der Monopol bundesrepublikanischen Meinungsmacher presse, die „Sozis“ wären an allem Schuld nicht wirklich. Wäre es nach Bild und TAZ und die zurückhaltende Merkel wäre das gegangen, hätte ich, der zudem noch Ge Maß aller Dinge, bestätigt sich auf der werkschaftsmitglied ist, das Praktikum gar Straße nicht. Natürlich sind die Bürger auch nicht antreten dürfen. Aber ich finde die enttäuscht. Enttäuscht von der Erkenntnis, Bedingungen und die Bezahlung gut, und dass Politik eben doch das Bohren ganz di die 39 Stunden Arbeitszeit kann ich mir vaker Bretter ist und vieles seine Zeit braucht. riabel einteilen, ohne das meine Uni-Arbeit Gerade jetzt während der Wirtschaftskrise darunter leiden müsste. zeigt sich aber auch die Angst vor der Arbeitslosigkeit, weil niemand genau sagen

Vorab muss ich aber auch sagen, dass ich kann, ob das Schlimmste schon hinter uns SPD-Mitglied in Charlottenburg-Wilmers- liegt oder die Katastrophe noch kommt. dorf bin und nun eigentlich das mache, was

ich ohne Geld auch machen würde. Ein weiterer wichtiger Punkt, der uns viele

Stimmen sichern sollte, ist die Erkenntnis, Was ich mache? Ich kümmere mich und dass die SPD die einzige Partei ist, die- Eur unterstütze den Wahlkampf in Mitte. Das opa ernst nimmt. Die CDU und FDP haben ist als Charlottenburger erst einmal eine sich auf einen komischen Wahlkampf Umstellung. Vom Bürgertum zu den Atzengeeinigt. So sagt die CDU „Wir in Europa“, würde man wohl sagen, aber beides findewas auch immer das heißen mag. Die FDP ich sympathisch und die SPD hat nicht ohne hieck Koch-Mehrin in den Wahlkampf mit Grund den Anspruch, eine Partei für Alle zu dem Spruch „Für Deutschland in Europa“ sein. Da ich mich selbst bisher eher schlechta liebe Parteien, wofür soll das denn -ste als recht in Mitte auskannte, richte ich mich? Die Linkspartei lehnt die derzeitige EU natürlich nach den jeweiligen Abteilungen ganz ab und die Grünen konzentrieren sich und den Jusos, sowie des „Jungen Teams“ alleine auf den Kampf gegen Gen-Produkte. Dessen Arbeit versuche ich zusammen Wir haben offensiv gesagt, wofür wir ste mit meiner Praktikanten-Kollegin Erica zu hen, für ein „Soziales Europa“ und das- wer unterstützen. Dafür haben wir einen rotenden wir auch im Wahlkampf rüberbringen. Bus - der aber eigentlich größtenteils weißch sehe uns dabei auf einem guten Weg. ist - mit dem wir zu den jeweiligen Ständen Abteilungen, die Jusos und die „Jungen fahren, dort Material verteilen und zudem Teams“ zeigen in Mitte vollen Einsatz, so zeigen, dass die SPD die Partei ist, die einers wir der Wahl entspannt entgegen- se offensiven Straßenwahlkampf macht. Wir hen können.

AUS DER ABTEILUNG

1. Mai 09 - Kulturschock Berlin und der Gang nach Canossa

Von Sebastian Trommsdorff

Ich als kleines Landei aus Köln bin ja immer noch wenn bei Ford oder Bayer Betriebsrats wieder überrascht über die Gepflogenheiten, welche hier in der Hauptstadt, derwird, auch schon mal ein paar mehr. In einzigen Weltmetropole Deutschlands und Köln sind das insgesamt noch knapp 7000 DEM neuen Zentrum Europas, herrschen. Mitglieder. Als ich vor 14 Jahren eingetreten Der DGB hatte dieses Mal für den 1. Mai bin, waren es noch 12000. Es gab sogar mal nen Pakt mit dem lieben Herrgott geschlossen, da sind Flügel getrennt marschiert sen, es war schön sonnig und trocken, weder es gab jedes Mal einen Riesenaufrastand, zu heiß noch zu kalt. Die Strecke war schön welche Fraktion mehr Leute mobilisiert. Der gelegen und im Anschluss gab es in traure DGB rümpfte darüber die Nase ob solchem hafter Umgebung Familienbespaßung und Sektierertums und freute sich über die -vie andere liebevoll gestaltete Stände und Ak len SPD-Teilnehmer.

tionen. Zu essen und zu trinken - zu nicht

ganz so familienfreundlichen Preisen - gabAber zurück zum 1. Mai-Ausflug: Unter den es natürlich auch. Es war also der perfekteSozis befinden sich selbstverständlich die Tag für einen Sozialdemokraten, um einfach Mandatsträger aller Ebenen, die Parteifunk mal ein wenig spazieren zu gehen und sozizäre der höheren Ebenen, eigene Grup tun, als ob man mit der Gewerkschaftsbe pen der verschiedenen Stadtbezirke sowie wegung solidarisch wäre.

eine große Delegation der AFA, von denen die Meisten ständig zwischen den Genös

In Köln, auch wenn das für die Hauptstadtten und den Kollegen hin- und her pendeln. natürlich völlig irrelevant ist, demonstrierenWir stellen nach den Gewerkschaften, zu so im Schnitt 400 bekennende/bekannte sammen mit den jetzt nicht mehr offiziellen Sozialdemokraten mit, in Wahlkampfzeiten PKK-Kurden, die zweitgrößte Gruppe, dicht



Michael Müller, Landes- und Fraktionschef der Berliner SPD (zweiter von rechts) steht hinter der Abteilung „Grünes Dreieck“.

gefolgt von der Abordnung der Karnevals Die nächstgrößere Gruppe stellte der Kreis vereine. Provinz eben. verband XHain. An SPD-Prominenz habe ich, abgesehen von mir, nur Frank Kirstan, Danach geht es auf den „Alter Markt“, wo würdiger Scholz und Michael Müller ausge es Familienbespaßung und andere liebevollmacht. Gut, ich bin ja jetzt nicht der „Arsch gestaltete Stände und Aktionen gibt. Zu der Welt“, sondern nur ein kleines, prolliges essen und zu trinken zu nicht ganz so-faund zu allem Überfluss unstudiertes Provin milienfreundlichen Preisen gibt es natürlichzei und kenne mich parteitechnisch, wenn auch hier. Es ist also der perfekte Tag-fürüberhaupt, nur im Kreisverband Mitte von nen Sozialdemokraten, um einfach mal einBerlin aus. Aber so ein paar Leute kenne ich wenig spazieren zu gehen und so zu tun das doch und wenn nur aus der Zeitung. ob man mit der Gewerkschaftsbewegung, unserem Ursprung, solidarisch wäre. Man Die waren alle nicht da. Versteh ich nicht. trinkt ein paar Kränze Kölsch mit Kollegen, Genossen und anderen Freunden, zum Ab Die Linkspartei ist übrigens in Bataillons schluss prostet man noch mal kräftig seinstärke und sehr vielen Fahnen mitspaziert. „Parteifreunden“ zu. Weil nach ein paar BDie Grünen sind eine ganze Weile an der ren der ganze Kindergarten viel deutlicherSpitze mitspaziert, natürlich auch mit als solcher zu erkennen ist und man mit einem guten Dutzend Fahnen. Die SPD Spielzeug auch gemeinsam spielen kann... hatte genau eine Fahne, unsere Fahne mit dem grünen Dreieck, welche an diesem Tag übrigens das erste Mal in der Öffentlichkeit gezeigt wurde. Sie schaffte es auch prompt auf die erste Seite des Tagesspiegels. Dem Genossen dort sollte man im Nachhinein ein Bier ausgeben. Wie kann es sein, dass ich nicht einen Abgeordneten gesehen habe, vom Regierenden mal ganz abgese hen? Wie können wir erwarten, dass uns Personen stellten wir aus der 16. Abteilungunsere ältesten und treuesten Verbün -

Kurzum, ein supernetter Tag.

Hier in Berlin, dieser Weltmetropole von quasi galaktischem Rang, regiert von einer Genossen dort sollte man im Nachhinein Bündnis aus Arbeitnehmern und Pseudo ein Bier ausgeben. Wie kann es sein, dass proletariern, stellt sich das etwas anders ich nicht einen Abgeordneten gesehen dar. Die größte erkennbar sozialdemokra habe, vom Regierenden mal ganz abgese tische Gruppe mit einem guten Dutzend hen? Wie können wir erwarten, dass uns Personen stellten wir aus der 16. Abteilungunsere ältesten und treuesten Verbün -



**Die Berliner Kulisse schlechthin:
Das Brandenburger Tor. Und jede
Menge rote Fahnen.**

deten noch unterstützen, wenn wir noch Künast und Trittin. Gefolgt von uns und nicht mal am 1. Mai zeigen, wo wir stehen und bringt von Demonstranten, die Münte Nicht mal zu dieser Geste, eigentlich eine aber auch uns beschimpften. Als dann eine Selbstverständlichkeit, waren wir willens. Horde von Linksradike Philosophiestu- Man könnte den Eindruck gewinnen, SPD denten mit Zukunftsängsten per Megaphon und Gewerkschaften würden in Berlin nicht Parolen skandierten, welche schon von den grundsätzlich auf der selben Seite stehen. Monarchisten und Nazis gegen Sozialdemo Das will ich aber nicht glauben, weil das kraten verwendet wurden, kriegte einer von dann nicht mehr meine SPD wäre. Also uns, ich war es nicht, einen Ausraster und es ich als kleines Provinzei habe mal gelernt, stand kurz vor einer nonverbalen Auseinan dass Politik zum großen Teil darin besteht, ersetzung mit diesen Leuten. Nach knapp Bündnispartner zu suchen, zu finden und zwei Dritteln der Strecke haben wir es dann mit ihnen gemeinsam für die Inhalte einzumit lustigen Sprüchen, bösen Blicken, phy treten, für die wir auch gemeinsam stehensischer Präsenz und unserer Stimmgewalt Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. So geschafft, für eine respektvolle Koexistenz wie wir das aber im Moment geschieht, rima Umfeld unseres Vorsitzenden zu sorgen. chen die Gewerkschaften das in Berlin wo und das mit nur einem guten Dutzend Leu mit jemand Anderem. ten gegenüber Tausenden. Aber auch da wieder meine naiv, provinzielle Frage:

Da wohl auch Münte erkannt hat, dass das eine Unverschämtheit gegenüber dem DGBWo waren die Genossen? ist, ist er am 16.05.09 zu einem Gang nach Canossa aufgebrochen. Er ging an der SpitMüntes Gang nach Canossa an diesem Tag ze der DGB-Demo „Wir zahlen nicht für ewäre nicht notwendig gewesen, wenn die Krise“. Um ihm ein wenig Support zu gebBerliner SPD nicht vorher gefehlt hätte. Und bat mich Rüdiger Scholz, den Juso- und Abuch an diesem Tag versagte unsere Berli teilungswahlkampf, welcher mit insgesamt ner SPD kläglich, als sie unseren Vorsitzen 5 Ständen am Samstag zu Buche schlägt, den, der sich für die Partei opferte und noch zu verlegen und stattdessen einen kleinenimmer opfert, im Stich ließ. In Bonn wäre Schutzkordon um Münte zu bilden, auf das anders gewesen... auch heute noch. er da nicht völlig alleine gehen muss. Brav wie ich bin, wurde alles verlegt und wir Aufwar übrigens ein wunderschöner, sonni bruchjusos sind mit einer Delegation auf ger Tag und das Rahmenprogramm war mit der Demo aufgetaucht. Die Linkspartei warrichtig gutem Soul, Jazz und Reggae noch wieder mit unzähligen Leuten und Fahnenbesser als am 1. Mai. vertreten. Wir haben die Sozigruppe nicht gefunden, erst auf dem DemonstrationzugVielleicht sollte man mal einen Arbeitskreis stießen wir zu Münte und verstanden, wiegründen, um wissenschaftlich zu ergrün so wir die Gruppe nicht gefunden haben: Is wohin wir gehen. Der könnte dann eine gab sie quasi nicht. Außer uns waren nochAnalyse mit hunderten von Statistiken erar nein 6 andere Sozis da, darunter die beidenen, aus der dann ein Antrag hervorgeht, Praktikanten von Mitte und Rüdiger höchstten wir dann auf Kreisebene beschließen. selbst. Diesmal aber mit Fahnen, die waren aber nicht einmal ansatzweise so groß wieAber wie gesagt, ich bin ja nur ein kleiner, unsere, die jetzt wieder mal zum Einsatz unstudierter Provinzproll und habe keine kam. Münte ging vorne eingekleilt zwischenAhnung.

Sonne, Frauen, Männer, Wiese, Ball: Football is coming home!

von Udo Sack

Seit dem 25. April ist die SPD Mitte wieder ein wichtiges Element der Volksgesundheit, im Volkspark Rehberge präsent. An diesem Samstag im April wurde die Sommersaison 2009 für den „Roten Stern 06“, dem Fußballteam der 16. Abteilung und der SPD Mitte, angepfeifen. Drei Jahre ist es nun schon her, dass sich

gelcup-Turniers auf dem Gelände des heutigen Sprengelparks, im Jahr des „Sommermärchens“, einige fußballbegeisterte Genossinnen und Genossen zusammenfanden und das SPD-Mitte-Fußballteam aus der Taufe hoben. Die Begeisterung fürs Flanken, Pässe schlagen und Tore schießen hält an, und so treffen wir uns jeden Samstag um 16 Uhr auf der großen Spielwiese im Volkspark Rehberge (neben dem BSC Rehberge/außerhalb der Catcherwiese beim Parkcafé).



Oder wir kämpfen auf Turnieren

um den begehrten Pokal. Ende des Jahres 1964, das Sprengelparkturnier für uns noch mit der roten Laterne, so ergatterten wir beim letzten Bürste-Streetball-Turnier im Stephankiez die Trophäe. Dass wir dabei in bester sozialdemokratischer Tradition stehen, zeigt der unterstehende Redeauszug von Fritz Erler von 1964. Leib, Geist und Seele gehören zusammen. Befolgen wir dies, dann kann nichts mehr schiefgehen auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus. In diesem Sinne: Auf in die Rehberge!

Körper und die Seele (...).

Fritz Erler, 1913-1967, auf dem „Sportforum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ am 10. November 1964 in Bad Godesberg:

So geht es uns also um die Harmonie der Kräfte und Gaben im einzelnen Menschen, aber auch um die Harmonie des einzelnen mit seinen Mitmenschen und mit der Gemeinschaft oder den Gemein-

“(..) Die Erziehung hat es immer mit dem ganzen Menschen zu tun. Da gehören Leib, Geist und Seele zusammen, nichts darf verkümmern. Die Leibesübungen sind zwarnie leben kann!“

Neue Öffnungszeiten:

täglich ab 16 Uhr Sprechstunde



Bayrisch Hell Anstich

am 5.6. um 16 Uhr

mit Maßbier,

Weißwurst und Brezn

Bedienungen im Dirndl !

Fête de la musique

am 21.6. (Sonnenwende)

3 Bands spielen im Garten Rock´n Roll, Ska und BigBand-Musik

- Eintritt frei -

Brennerei Eschenbrenner

Inbetriebnahme am 27.6. im Braukeller

DAS POLITISCHE LIED

Ich bin Soldat

Dieses Lied stammt aus der Zeit des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 und wurde von einem anonymen Autor verfasst. Es war im Kaiserreich verboten, blieb aber unter Arbeitern und vor allem unter Kriegsdienstverweigerern sehr beliebt bis zum Ende des ersten Weltkrieges. Insbesondere die letzte Strophe stellte dem Nationalismus dieser Zeit die Idee der internationalen Solidarität entgegen.

1. Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne,
als ich es ward, hat man mich nicht gefragt.
Man riß mich fort, hinein in die Kaserne,
gefangen ward ich, wie ein Wild gejagt.
Ja, von der Heimat, von des Liebchens Herzen
mußt' ich hinweg, und von der Freunde Kreis;
denk ich daran, fühl ich der Wehmut Schmerzen,
fühl in der Brust des Zornes Glut so heiß.
2. Ich bin Soldat, doch nur mit Widerstreben,
ich lieb ihn nicht, den blauen Königsrock.
Ich lieb es nicht, das blut'ge Waffenleben,
mich zu verteid'gen wär genug ein Stock.
O sagt mir an, wozu braucht ihr Soldaten?
Ein jedes Volk liebt Ruh' und Frieden nur;
allein aus Herrschsucht und dem Volk zum Schaden
laßt ihr zertreten, ach, die gold'ne Flur!
3. Ich bin Soldat, muß Tag und Nacht marschieren,
statt an der Arbeit, muß ich Posten stehn.
Statt in der Freiheit, muß ich salutieren
und muß den Hochmut frecher Burschen sehn.
Und geht's ins Feld, so muß ich Brüder morden,
von denen keiner mir zuleid was tat;
dafür als Krüppel trag ich Band und Orden,
und hungernd ruf ich dann: „Ich war Soldat!“
4. Ihr Brüder all', ob Deutsche, ob Franzosen,
ob Ungarn, Dänen, ob vom Niederland,
ob grün, ob rot, ob blau, ob weiß die Hosen,
gebt euch statt Blei zum Gruß die Bruderhand!
Auf, laßt zur Heimat uns zurückmarschieren,
von den Tyrannen unser Volk befrei'n;
denn nur Tyrannen müssen Kriege führen,
Soldat der Freiheit will ich gerne sein!

DISKUSSIONSFORUM

Gute Lehre an Hochschulen

von Julian Zado, stellv. Landesvorsitzender der Jusos Berlin

Der Wissenschaftsrat hat Vorschläge für eine Verbesserung der Lehre an Hochschulen erarbeitet: Was ist davon zu halten?

Viele Studierende haben es selbst schon erlitten und wenn nicht, dann hat das mit einer gehörigen Portion Glück tun: überfüllte Hörsäle und Seminare, unzureichende Beratungsangebote und lange Wartezeiten für Prüfungen und Gespräche mit den Profs.

Moderat kalkulierte 1,1 Milliarden Euro fordert der Wissenschaftsrat deshalb an zusätzlichen Mitteln für mehr Qualität der Lehre. Ein Großteil des Geldes soll die Verbesserung der Betreuungsrelationen verwendet werden, das bedeutet weniger Studierende sollen auf eine Professur entfallen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf

„Lehrprofessuren“ liegen, also ProfessorInnen, die statt 8 oder 9 Semesterwochenstunden 12 und mehr Stunden unterrichten.

Von einem anderen großen Posten sollen zusätzliche Tutorien geschaffen, die Beratungsangebote verbessert und Personal zur Unterstützung der Lehrorganisation eingestellt werden. Geld wird auch für die Verbesserung der Infrastruktur an den Hochschulen verlangt, also für moderne Lehrmaterialien wie online-Module, Beamer, professionelle PCs etc. Ebenfalls soll ein Qualitätsmanagementssystem aufgebaut werden. Lehrevaluationen sollen dabei nicht mehr - wie es aktuell an vielen Hochschulen der Fall ist - unsystematisch durchgeführt, sondern umfassend und gründlich analysiert werden. Weil in der Lehre jedoch nicht nur Quantität, sondern vor allem Qualität zählt, fordert der Wissenschaftsrat auch eine systematische Qualifizierung des Lehrpersonals. Bislang waren HochschuldozentInnen ausschließlich AutodidaktInnen. Professionelle Schulungen sollen eingeführt werden ebenso wie Weiterbildungen für alle, die an Hochschulen

zulehren. Leider fordert der Wissenschaftsrat hier aber keine verpflichtende Teilnahme der Lehrenden. Dies überrascht, wird eine systematische Qualifizierung doch andererseits als unerlässlich eingestuft. Ebenfalls fordert der Wissenschaftsrat eine stärkere Berücksichtigung der Lehrqualität bei der Leistungsbeurteilung von Lehrenden. Unklar bleibt hier jedoch, wie genau dies fürerfolgen kann. Entscheidend für eine wissenschaftliche Karriere sind nämlich nach der Leistungsbeurteilung in der Forschung, da diese in Berufungskommissionen noch immer hauptsächlich beachtet werden.

Der Wissenschaftsrat plädiert hier zwar für ein anderes „Selbstverständnis“ unter den HochschullehrerInnen, aber ein Bekenntnis zu Maßnahmen, die eine solche Entwicklung fördern, fehlt. So wird die Möglichkeit, das neue leistungsorientierte Besoldungssystem in der Wissenschaft so zu nutzen, dass sich die Qualität der Lehre auf die Höhe des Gehalts auswirkt, nur beiläufig erwähnt. Ebenfalls nicht unproblematisch erscheint die Einführung der oben erwähnten „Lehrprofessuren“. Diese drohen die Einheit von Forschung und Lehre aufzuweichen, indem diesen Professuren nicht mehr ausreichend Zeit zur Verfügung steht. So drohen die eigentlich positiven Effekte verloren zu gehen, die dadurch entstehen, dass Studierende direkt von Forschenden lernen und so auf dem neuesten Stand der Forschung sind.

Vorwände um von dem eigentlichen Pro wirklich mit Kraft in die Vorbereitung für blem abzulenken. Unabhängig von „links“ den später auszuübenden Beruf einzusteigen und „rechts“ haben wir bei den Jusos, abgeben. Wer mit 18 Jahren Politiker werden auch bei der SPD ein riesiges Problem inmüchte, der kann mir gestohlen bleiben. Er Umgang mit Parteifreunden, welche eine soll gefälligst einen Beruf lernen und diesen andere Meinung vertreten als man selbst. Beruf ausgeübt haben. Danach kann er sich Statt offen zu diskutieren und Konflikte inanschließend gerne politisch engagieren“. Wettstreit der besseren Argumente auszu fechten, wird gar nicht mehr diskutiert; soch finde es zwar im Gegensatz zu Helmut dern im geheimen gekungelt, mobilisiert Schmidt grundsätzlich gut, wenn sich jun und intrigiert. Dieses Verhalten konnten wie Menschen politisch engagieren, jedoch in Hessen, Hamburg, beim Sturz von Kurthalte ich es auch für gefährlich, wenn die Beck und bei vielen weiteren Konflikten Parteien hierdurch immer mehr zu einer bereits erleben. Dieser Stil vergiftet tatsächlobagentur für Posten und Pöstchen im lich die politische Kultur, sowohl bei den Berliner Politikbetrieb verkommen. Auf Jusos als auch in der SPD. Die so Agierendiese Weise wird die Mitgliedschaft und das haben nicht das Wohl der Partei oder eineehrenamtliche Engagement zum Beruf, die politische Agenda, sondern hauptsächlich Parteikarriere wird wichtiger als die Partei die eigene Karriere oder das eigene Ego vand das politische Ziel - der Wettbewerb um Augen. Helmut Schmidt hat in einem Inteeinen Posten - wird zum Existenzkampf, bei view mit „Die Zeit“ auf die Frage, warumwelchem alle Mittel erlaubt sind. Am Ende sich so wenige junge Menschen für die Paählt nur das eigene Ziel - der Sprung in den tik interessieren, geantwortet: „...das machBundestag oder die Bundestagsverwaltung. nichts. [...] Ich finde es ist vernünftig, werBei den Jungen Liberalen oder der Jungen Siebzehn- oder Achtzehnjährige sich nicht Union würden mich solche Entwicklungen sonderlich politisch engagieren oder inter nicht wundern, dass ich aber so etwas bei essieren. Ich finde es wichtiger, dass sie aden Jusos beobachten muss, macht mich ständig arbeiten und anständige Zeugnisse schon ziemlich traurig. mit nach Hause bringen. Und anschließend

Deutschland oder der Triumph der Aerodynamik

von Sebastian Trommsdorff

Es sind noch knapp drei Monate bis der über die Weltwirtschaftskrise und die nach oder die nächste KanzlerIn gewählt wird, wie vor zum Teil als schamlos empfundene und dieser oder diese KanzlerIn wird wohlneoliberale Versorgungsmentalität wächst. leider wieder dieselbe sein wie die letztenAber die SPD, besonders deren Führung, ist Jahre. Trotz Umfragewerten, welche sich nur unzureichend in der Lage, sich von der im Sinkflug befinden, wird die CDU/CSU CDU und Merkel zu distanzieren und zu Fraktion wohl wieder die stärkste Truppe profilieren. in der neuen Legislaturperiode um sich scharen. In unserer jetzigen Verfassung Dabei wären die Voraussetzungen für ein traue ich uns jedenfalls einen solchen Coup- grünes Comeback angesichts des allge bundesweit nicht zu. Dabei scheint die meinen Verdrusses gegenüber neoliberaler Gelegenheit für eine Fortsetzung des Rot- Lobby-Politik eigentlich günstig. Doch der Grünen Projekts günstig wie nie: Der ÄrgeSPD gelingt es nach wie vor nicht, sich

nachhaltig von ihrem momentanen Koalitionspartner zu distanzieren. Stattdessen überlassen wir das Bringerthema soziale Gerechtigkeit praktisch komplett der Linkspartei – so kommt es jedenfalls beim Wähler an. Die historische Chance, den Schulterschluss mit den Gewerkschaften wieder herzustellen, lassen wir mutwillig verstreichen.

Der fehlende Umschwungswille ist aber nicht hauptsächlich auf die vielleicht suboptimale inhaltliche Gewichtung zurückzuführen. Es ist auch das Personal. Frank-Walter ist ein Mann mit hohem Intellekt, mit dünneren politischen Know-How und langjähriger Erfahrung, aber fast ohne Stallgeruch, Temperament und Ausstrahlung. Seine Reden, die aufputschen und motivieren sollen, klingen meistens gestelzt und unauthentisch. Eine Kampfsau wie zum Beispiel Schröder ist jedenfalls nicht. Als Lichtgestalt einer feindlichen und taumelnden SPD ist er einfach überfordert, dies wäre aber jeder andere auch. Und genau das ist das Problem.

Dass Steinmeier trotz dieses Defizits nahezu konkurrenzlos die Aufgabe des Kanzlerkanzlers zuerkannt wurde, lässt keine guten Rückschlüsse auf die Personaldecke der SPD zu. Echte Führungspersönlichkeiten sucht man bei

uns dieser Tage fast völlig vergebens. Die wachsende Sehnsucht nach einem zweiten Helmut Schmidt verrät: Wahre Typen mit Charisma und Charme gibt es augenblicklich nicht. Wer hat denn noch einen ausgeprägten Charakter? Münze auf jeden Fall. Kahrs, Nahles, Steinmeier, Thierse, Beckenbörner, ein bisschen, aber gerade nur so viel, dass es nicht zu sehr auffällt.

Das kann man übrigens quasi 1 zu 1 auch auf die anderen Parteien anwenden. Auch Angies Aufstieg an die Spitze und vor allem das Verbleiben an selbiger ist einer immer dünneren Personaldecke an wählbarem Personal in der CDU geschuldet. Und dass der mediengeile Westerwelle, bekannt aus Privatfunk und -fernsehen, seit Jahr und Tag die FDP dominiert, lässt das auch bei den Liberalen tief blicken. Und bei der Linkspartei toben die beiden Alleinunterhalter Gysi und Lafontaine recht einsam durch die Landschaft.

Fragt sich nur: Warum? Warum gibt es heute keine Raus, Burgers, Schmitz, Wehners oder Brandts mehr? Zum Teil lässt sich das erklären, früher war halt alles schöner. Die Politiker von damals wurden im Nachhinein zu Helden stilisiert, wurden damals aber genauso kritisiert wie ihre Kollegen von heute. Der ernüchternde Teil der Antwort hängt mit den Umständen unserer Zeit zusammen, die Stromlinienförmigkeit fördern und Unbequemlichkeit bestrafen. Und deshalb dürfte auch in zehn Jahren das Resümee ähnlich dem heutigen ausfallen: Die politischen Führungskräfte sind erschreckend blass.



Schwusos Mitte
jeden 3. Dienstag, 19.°° Uhr
@Café Schraders

>das transschwules/bische Treffen der SPD<
Malplaquetstr. 16 b/ Ecke Amsterdamer Str. ,13347 Berlin

Die SPD hat sich müde regiert

von Gerrit Holz

SPD ist Pop. An diesem sonnigen Berliner Steinmeier will ab September regieren. Nachmittag im Superwahljahr feiern die Sozialdemokraten im Tempodrom ihre Grundwerte. „Kraft, Mut, Arbeit“ und viele weitere positiv konnotierte Schlagworte sind an den Wänden im Tempodrom zu lesen. Rote Kleidungsstücke und Accessoires wohin man schaut. Mittendrin verweist Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in seiner Ansprache auf die Erfolge sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in den letzten Jahren.

Da wären: Schröders „Nein“ zum Irak-Krieg, dank Riester müsse „in Deutschland kein Rentner Börsenfernsehen schauen“, marktradikale Verhältnisse à la USA sind den Deutschen vor und in der Krise erspart geblieben. Bemerkenswert vereinfachend ist allerdings die Aussage: „Wir haben für Integration gesorgt!“. Dafür kann man nicht von oben herab sorgen, man kann lediglich gute Bedingungen für Integration schaffen. Schöne Grüße an Steinmeiers-Retenschreiber.

Dazu bleiben im frühen Regierungsprogramm aber zu viele offene Fragen. So greift jeder Kandidat die Frage nach Verhältnismäßigkeit im Kapitalismus auf: Wie kann es sein, dass in Deutschland eine Kassierin wegen eines Pfandbons im Werte von 1,30 Euro ihren Job verliert und an anderer Stelle dürfen Manager ihren Karren an die Wand fahren lassen, um sich dafür fürstlich zu belohnen?

Das ist ein Beispiel für Fragen, auf die die SPD keine konkreten Antworten hat. So will auch niemand an diesem Tag über Hartz IV und den Zwang zur Arbeit sprechen. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47% zu Gunsten von Bildungsfinanzierung wirkt mehr wie eine Geste statt wie die Demonstration des Willens, tiefgreifend Gesellschaft und Staat zu verbessern. Die SPD ist de facto müde, kraftlos, ihr fehlt es an Innovation. Zu allem Unglück kann Steinmeier nicht effektiv Obama nacheifern, weil Deutschland – Gott sei Dank – keinen Bush hat.



Nach dem Spiel ist
vor dem Spiel?



SPD-Spitzenpersonal unter Führung von Parteichef Franz Müntefering

Es gibt keinen Richtungswechsel (insbeson SPD keine Wahlgeschenke anbieten. Der dere keinen „Linksruck“) in der SPD. Sie hat Dreiklang „Kraft – Mut – Arbeit“ spiegelt mit diesem Regierungsprogramm vielmehr diese Haltung wider. Nur Zufall im Darwin- ihr Polit-Marketing offen gelegt und ihr Jahr?

Klientel klar identifiziert: Es ist die Mitte der

Gesellschaft, es sind die, die Arbeit haben. Der Verfasser ist seit 2005 einfaches Mitglied Fünf Millionen ALG-II Empfängern will die der SPD.



Was steckt da eigentlich drin?



Brüsseler Str. 39 - 13353 Berlin
Tel.: 030 - 435 15 63 - info@l-escargot.net

Die frische mediterrane Küche

Der Mittelmeer schon immer die Zusammenkunft unterschiedlichen Kulturen.

Wir stehen dazu und in unsere handwerckliche Tätigkeit heißt es:

Keine versteckten Zutaten!

Unsere Speisekarte & News - Feed

unter

www.l-escargot.net

Öffnungszeiten : Mo bis Sa 17:00-24:00
Sonntag : Ruhetag

www.l-escargot.net

Du hast Dir
eine

„auszeit“
café · restaurant · bar

verdient.

Kiautschoustraße 12a · 13353 Berlin
Fon 030 - 70 71 10 00 · www.auszeitberlin.de

COUPON



*Beim vorlegen dieses Coupons bekommst Du einen
Kaffee mit Kuchen zum halben Preis!*

